

---

# Grenzen los

Der Infobrief des AK Asyl e.V. Bielefeld

November 2022

---



# Inhalt

---

## Aus dem Verein

- 05 AK Asyl e.V. im Internet
- 06 Solidarität in unruhigen Zeiten - Jede Spende Hilft!
- 07 Junge Volljährig Traumatisierte Geflüchtete
- 08 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Arbeit des Psychosozialen Zentrums  
– kurzfristig neue Stellen geschaffen
- 10 Zu Freunden ziehen? Als Familie zusammen leben? Nur scheinbar ganz einfach

## Vor der Haustür

- 12 Antirassistische Konferenz zum Kampf für gleiche Rechte
- 14 Nach tödlichem Polizeieinsatz - Angst bei Jugendlichen
- 16 Mouhamed Lamin Dramé – tortured with tear gas and Taser then shot to death by Dortmund police
- 18 Die Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche feiert ihren ersten Geburtstag
- 19 Das 9 € Ticket - So viel Freiheit.
- 22 Forderungen des Netzwerks Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – NRW

## Über den Tellerrand

- 24 „Wir“ und „die Anderen“ – Über „Richtige“ und „falsche“ Geflüchtete
- 27 Frontex und die Festung Europa
- 29 Afghanistan is not alone
- 30 Frauen, Leben, Freiheit

## Kulturelles

- 32 Du solltest nicht alles mitnehmen
- 33 Laut-Erkundung

## Sonstiges

- 34 Impressum

## Liebe Unterstützer:innen, liebe Leser:innen,

wir freuen uns, euch einen weiteren Infobrief präsentieren zu können und über Neuigkeiten aus dem Verein, von vor der Haustür und über den Tellerrand hinaus zu berichten.

Das Jahr 2022 war in außerordentlicher Weise vom Thema Flucht geprägt. Der Krieg in der Ukraine, der im Februar begann, zwang viele tausend Menschen dazu, ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen und sich auf den Weg in sichere Gebiete zu machen. Auch in Bielefeld sind viele Ukrainer:innen sowie Drittstaatler:innen, die sich zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs in der Ukraine aufhielten, angekommen. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Beratungssituation im Verein und wird in diesem Heft an verschiedenen Punkten thematisiert.

Wie unterschiedlich die verschiedenen Fluchtrouten politisch behandelt werden, wurde am 24. Juni an der Grenze zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla auf tragische und tödliche Weise deutlich. Während ukrainische Geflüchtete (zumindest jene, die weiß gelesen werden und einen ukrainischen Pass besitzen) zumeist problemlos in die EU kommen konnten, ist die Situation für Geflüchtete aus afrikanischen Staaten eine ganz andere. Mindestens 27 Menschen starben an diesem Tag bei dem Versuch, die Grenze zu überwinden, über 70 sind weiterhin vermisst, Hunderte wurden verletzt. Das brutale Vorgehen der Sicherheitsbehörden ist Teil der Abschreckungsstrategie der EU, die auch in einem Artikel in diesem Heft näher beleuchtet wird. Doch nicht nur an den Außengrenzen der EU gibt es Tote durch Polizei und Grenzbeamte – wir erinnern an Mouhamed Lamin Dramé, der am 8. August 2022 in Dortmund durch einen Polizeibeamten getötet wurde.

2022 war auch das Jahr der Inflation und dabei besonders der hohen Energiepreise. Unter der Inflation leiden besonders Menschen mit wenig Geld. Die prekäre wirtschaftliche Situation von Asylbewerber:innen hat sich daher weiter verschlechtert. Während politisch über die Erhöhung des Arbeitslosengeld II oder die Einführung des Bürgergeldes debattiert wird, sind Asylbewerberleistungen in den ersten 18 Monaten weiterhin weit unter dem Satz vom Arbeitslosengeld II.

In den Wochen vor Reaktionsschluss hat die Revolution im Iran viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen und zu erhöhtem Beratungsbedarf bei Asylbewerber:innen aus dem Iran geführt. Abschiebungen dorthin wurden bereits ausgesetzt, da die Bundesregierung erkannt hat, dass die Situation aktuell zu gefährlich ist. Wir unterstützen die Proteste im Iran, sind beeindruckt von dem unerschütterlichen Mut der Demonstrierenden und hoffen sehr, dass sich die Situation im Iran nachhaltig verbessert.

Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation für viele Menschen, die schon länger in Deutschland leben, gibt das geplante Chancenaufenthaltsrecht. Sollte es tatsächlich in der geplanten Form beschlossen werden, würde es vielen unserer Klient:innen ermöglichen, aus ihrer Kettenduldung heraus in einen sicheren Aufenthalt zu kommen. Dies ist längst überfällig, da der jahrelange Verbleib in der Duldung inklusive der damit verbundenen Unsicherheit und Angst vor Abschiebung ein unhaltbarer Zustand ist.

## Aus dem Verein

Leider ist Corona immer noch nicht vorbei und hat auch in diesem Jahr unserer Arbeit geprägt. Obwohl die Maskenpflicht mittlerweile fast überall abgeschafft wurde, haben wir uns im Team darauf geeinigt, im Büro weiter Maske zu tragen. Auch die Beratungsgespräche finden nur mit Maske statt. Wenn Klient:innen keine Maske dabei haben, stellen wir ihnen Masken zur Verfügung. Für Gruppentreffen suchen wir uns große Räume oder den Park und auch der Spaziergang als Beratungsform wurde neu entdeckt. Diese Maßnahmen sind uns als Team sehr wichtig, um sowohl Klient:innen als auch Kolleg:innen so weit wie möglich vor Ansteckungen zu schützen und ggfls. nicht alle gleichzeitig auszufallen.

Auch im Jahr 2022 haben wir die Praxis der Terminvereinbarungen für Beratungsgespräche weiterhin aufrecht erhalten, da wir Ansammlungen von vielen Menschen vor den offenen Sprechstunden vermeiden wollten. Da wir nun bereits seit längerem mit Terminvereinbarungen arbeiten, sind diese bei

den Klient:innen gut etabliert. Es ist natürlich trotzdem immer möglich, spontan vorbeizukommen, wenn es eine dringende Angelegenheit gibt oder Menschen beispielsweise keine Möglichkeit haben, Termine telefonisch zu vereinbaren. In diesem Jahr gab es viel personellen Wechsel in unserem Team: Es sind zwei Kolleginnen aus der Elternzeit zurückgekehrt und drei neue Kolleginnen sind zum Team dazu gekommen. Zu Beginn des Jahres haben wir unseren Stellenanteil in der Unterkunft im Oldentruper Hof erweitert und eine neue Kollegin eingestellt. Außerdem durften eine neue Mitarbeiterin in der Verwaltung begrüßen und konnten auch unser PSZ-Team kurzfristig erweitern.

Unser Team hat sich jedoch nicht nur erweitert, sondern leider hat uns in diesem Jahr auch unsere langjährige Verwaltungskraft verlassen und eine langjährige Mitarbeiterin aus der Verfahrensberatung wird zum Ende des Jahres gehen. Eine weitere Kollegin ist in Elternzeit gegangen, wir wünschen ihr alles Gute und freuen uns schon jetzt auf ihre Rückkehr. Im PSZ ist eine Kollegin nach der Elternzeit wieder zurück gekommen, wir haben uns sehr gefreut, sie wieder begrüßen zu dürfen und bedanken uns bei den beiden Kollegen, die die Elternzeitvertretung übernommen haben, für ihre Arbeit. Leider wird auch diese Kollegin zum Ende des Jahres gehen. Vielen Dank und auf Wiedersehen an diejenigen, die gehen, und ein herzliches Willkommen an die Neuen im Team!

## Aus der Beratung:

Der AK Asyl hat inzwischen eine 16 jährige Erfahrung und Kontinuität in der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Beratung. So wenden sich auch viele ehrenamtliche Unterstützer:innen und andere Beratungsstellen an die Regionalberatung mit der Frage nach aufenthaltsrechtlichen Perspektiven und Rat bei drohenden Abschiebungen. In diesem Jahr gab es sehr viele Anfragen mit Bezug zur Ukraine, besonderes von Drittstaatsangehörigen. Auch die Verfahrensberatung hat ein turbulentes Jahr hinter sich. Aufgrund des Zuzugs vieler Menschen aus der Ukraine herrschten kurzfristig (noch) chaotische(re) Verhältnisse in den Unterkünften, auch Corona, Wasserrohrbrüche und sonstige Unannehmlichkeiten sorgten dafür, dass keine Langeweile aufkam. Außerdem gab es in diesem Jahr mehrfach minderjährige Geflüchtete, die fälschlicherweise in

den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht waren und erst durch Intervention der Berater:innen Unterstützung vom Jugendamt erhalten haben.

Die Mitarbeiter:innen des PSZ (Psychosoziales Zentrum für Traumatisierte Geflüchtete) haben erlebt, wie viele der PSZ-Klient:innen verunsichert durch die Situation in der Ukraine waren. Die vielen Nachrichten und Bilder wirken potenziell retraumatisierend auf die ohnehin vulnerable Klientel. Neben der Klient:innenarbeit fand ein umfangreiches Fortbildungsprogramm für Ehrenamtliche statt.

Der Beratungsbedarf im UMF-Bereich (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) ist massiv gestiegen. In diesem Jahr sind wieder sehr viel mehr unbegleitete Kinder und Jugendliche in Bielefeld und Umgebung angekommen. Diese kommen hauptsächlich aus Afghanistan und Syrien, haben lange Fluchtwege hinter sich und sind massiv belastet. Außerdem gibt es aktuell große Schwierigkeiten mit der Unterbringung, da in den letzten Jahren viele Unterbringungseinrichtungen für UMF geschlossen wurden. Unserer Stelle arbeitet mit 20 Jugendämtern in ganz OWL und Warendorf zusammen, die einen sehr hohen Beratungsbedarf haben. Ein Stellenausbau ist daher dringend notwendig.

## Überblick zum aktuellen Heft:

Der diesjährige Infobrief startet mit unserem Spendenbrief. Denn ohne eure Unterstützung geht es nicht! Wir bedanken uns sehr herzlich für alle bisherigen Spenden! Weiter geht es mit einem kurzen Bericht aus dem PSZ zum auslaufenden Projekt für junge volljährige Geflüchtete und einem Artikel, der Bezug auf die Entwicklungen in der Ukraine nimmt. Darin beschreibt unserer neue Kollegin die Auswirkungen auf die Beratungsbedarfe und die Stellensituation. Abschließend gibt es einem Einblick in die Praxis des Umverteilungsantrags, der in der Beratung immer wieder für viel Arbeitsaufwand sorgt.

Im Teil „Vor der Haustür“ berichtet ein:e Teilnehmer:in der NO LAGER – BREAK ISOLATION Konferenz in Göttingen von den dortigen Erfahrungen.

Anschließend veröffentlichen wir zwei Stellungnahmen zum Tod von Mouhamed Lamin Dramé: Eine Stellungnahme der psychosozialen Zentren in NRW sowie eine Stellungnahme der Schwarzen Community aus Hamburg, die intensiv auf

rassistische Polizeigewalt eingeht.

Ein weiteres Ereignis in diesem Jahr, das nicht direkt mit dem Thema Migration zu tun hat, aber dennoch große Auswirkungen auf die Klient:innen des AK Asyl e.V. hatte, war das 9 Euro Ticket. Euch erwartet ein Erfahrungsbericht zu dieser neuen Mobilitätserfahrung. Wir gratulieren außerdem der Fachstelle Trauma und Flucht zum ersten Geburtstag – diese hat uns zu diesem Anlass eine kurze Beschreibung ihrer bisherigen Arbeit zur Verfügung gestellt.

Außerdem veröffentlichen wir die Forderungen der Psychosozialen Zentren in NRW an die neue Landesregierung, um deutlich zu machen, wie sehr psychosoziale Versorgung für Geflüchtete weiterhin notwendig ist.

Der Teil „Über den Tellerrand“ beginnt mit einem Bericht zu Frontex und der Festung Europa. Anschließend folgen ein Text über die aktuelle Situation im Iran, der von einem Klienten aus dem Iran verfasst wurde. Zu dem Text veröffentlichen wir ein Bild einer jungen Künstlerin, die ebenfalls aus dem Iran geflohen ist. Abschließend gibt es einen Text über Afghanistan, den wir auf englisch und auf deutsch veröffentlichen.

Im Abschnitt Kulturelles erwarten euch zwei Gedichte, eines davon im Original auf Farsi sowie in der deutschen und englischen Übersetzung.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Unterstützer:innen, Mitarbeiter:innen, langjährigen Freund:innen und Begleiter:innen und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

## Herzliche und solidarische Grüße

Lina Honens und Isabelle Sanders für das Team vom AK Asyl e.V.

---

## AK Asyl e.V. im Internet

Seit etwas mehr als sechs Jahren wird die Homepage des AK Asyl e.V. von ehrenamtlichen Unterstützer:innen betreut und regelmäßig aktualisiert. Geflüchtete, Unterstützer:innen und Interessierte finden auf den Seiten ausführliche Erklärungen zu den einzelnen Arbeitsbereichen. Dort befinden sich auch die aktuellen Sprechzeiten und Kontaktdaten von allen Mitarbeiter:innen.

Mehrmals im Monat gibt es aktuelle Mitteilungen des AK Asyl e.V. oder aus dessen Umfeld. Eine gute Möglichkeit um in der Zeit bis zur nächsten GrenzenLos auf dem Laufenden zu bleiben. Unter anderem werden dort die Termine, Veranstaltungen und die Pressemitteilungen des Vereins veröffentlicht.

Ein akuelles Projekt ist die Übersetzung der Seite auf verschiedene Sprachen. Dank der tatkräftigen Unterstützung ehrenamtlicher Dolmetscher ist die Seite nun größtenteils auf Englisch, zum Teil auch auf Französisch verfügbar. Zahlreiche weitere Sprachen sollen folgen!

**[www.ak-asyl.info](http://www.ak-asyl.info)**

## Solidarität in unruhigen Zeiten - Jede Spende hilft!

**Liebe Freund:innen,  
liebe Unterstützer:innen,  
liebe Interessierte,**

das Thema Flucht bekam im Jahr 2022 in der Öffentlichkeit neue Aktualität. Wir haben wieder gesehen, dass Menschen plötzlich ihr Zuhause verlassen müssen. Und wir haben gesehen, dass eine schnelle Aufnahme und Gewährung von Schutz möglich ist. Das ist gut. Leider sehen wir auch eine Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

Ob wir in die Ukraine, Afghanistan oder den Iran schauen: Immer wieder zeigt sich leider die dringende Notwendigkeit unserer Arbeit. Wir als AK Asyl e.V. wissen, dass sich Menschen zu jeder Zeit von verschiedenen Orten und aus unterschiedlichen Gründen auf die Flucht begeben müssen, um ihr Leben zu retten.

Wie z.B. Soraya\*:

Soraya floh schon vor knapp zehn Jahren vor Folter, sexualisierter Gewalt und Verfolgung aus dem Irak. Doch in Deutschland angekommen, konnte sie im Asylverfahren nicht erzählen, was ihr passiert war. Denn sie lebte zu der Zeit mit einem gewalttätigen Mann zusammen, dem sie die Geschichte unbedingt verheimlichen musste, um sich vor ihm zu schützen. Ihr Asylantrag wurde nach langer Wartezeit abgelehnt. Sie lebte mehrere Jahre in Unsicherheit und Angst vor einer Abschiebung. Beim AK Asyl e.V. wurde sie unterstützt, einen weiteren Asylantrag zu stellen und das Verfahren durchzuhalten. Das bedeutete aufgrund des Erlebten für sie viel Kraftaufwand. Doch sie hat es mit unserer Unterstützung geschafft, die erlebte Verfolgung vorzutragen und bekam endlich einen sicheren Aufenthalt in Deutschland. (\*Identität geändert).

Uns ist es besonders wichtig, dass alle Menschen, die aus ihrem Herkunftsland fliehen müssen, die notwendige Unterstützung erhalten und den Schutz, den sie brauchen – egal woher sie kommen.

Dafür setzen wir uns seit Jahren in Bielefeld und Ostwestfalen-Lippe ein.

Wir bitten Euch/ Sie herzlich, mit einer regelmäßigen oder einmaligen Spende diese Arbeit abzusichern. Der AK Asyl e.V. bietet Beratung an rund um das Asylverfahren, für weitergehende Fragen zum Aufenthaltsrecht, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, für traumatisierte Geflüchtete sowie für ausländische Studierende.

Unsere Arbeit wird nur zum Teil von öffentlichen Stellen oder Stiftungen finanziert. In diesem Jahr zeigte sich durch die Notwendigkeit der Beratung vieler Schutzsuchender aus der Ukraine eine massiv gestiegene Beratungsnachfrage in unserem Verein. Dem mussten wir auch durch Stellenerweiterungen begegnen, welche trotz anteiliger Förderung weitere Kosten für uns bedeuten. Das heißt:

Ohne Eure/ Ihre Unterstützung und Solidarität geht es nicht.

### **Spendenkonto**

IBAN: DE96 4306 0967 4037 7531 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Gemeinschaftsbank eG

Stichwort "SPENDE"

Wir bedanken uns schon jetzt vielmals für bereits geleistete und noch eingehende Spenden. Gerne informieren wir ausführlicher über unsere Arbeit.

Ansprechpartnerin: Katharina Bracke, Tel. 0521 / 546 515-62; [bracke@ak-asyl.info](mailto:bracke@ak-asyl.info)

Mit solidarischen Grüßen,

Ihr/Euer Team des AK Asyl e.V.

## „Junge Volljährige Traumatisierte Geflüchtete“

von Mathis Bauer

Das Projekt „Beratung und Unterstützung für traumatisierte junge volljährige Geflüchtete“ war ein von Aktion Mensch gefördertes Projekt, das im PSZ umgesetzt wurde und Ende 2022 ausläuft. Im Projekt wurde besonders auf die spezifischen Bedarfe junger Volljähriger, die schon in sehr jungen Jahren gleichzeitig mit den Anforderungen unsicheren Aufenthalts, unklaren Zukunftsperspektiven und teils traumatischen Erlebnissen in der Vergangenheit konfrontiert sind, eingegangen. Einer der Projektmitarbeiter schildert in diesem Artikel einige Eindrücke aus der Beratungsarbeit.

Ganz besonders ist es für mich, Menschen über einen längeren Zeitraum beratend zu begleiten. Von einer Begegnung mit einem Menschen, den ich kennenlernen durfte, möchte ich erzählen. Für mich ist jede Begegnung und jede Beratung sehr einzigartig, ich hoffe dennoch durch den Bericht über einen Einzelfall einen besseren Eindruck vom JuVo-Projekt vermitteln zu können.

Herr X. berichtete mir kürzlich, als ich ihn fragte wie er die Beratung mit mir im letzten Jahr fand, dass er einfach so glücklich sei, dass ihm endlich mal jemand geglaubt und zugehört hat. Herr X. kam schwer belastet zu meiner Kollegin vor über einem Jahr und hatte sowohl Probleme mit der psychischen Gesundheit als auch mit seiner rechtlichen Aufenthaltssicherung. Die extrem bürokratischen Verfahren hatten ihm unglaubliche Hürden in den Weg gelegt durch willkürliche Altersfestlegung und völlig intransparente Terminverschiebungen seiner Asyl-Anhörung. Das Ergebnis konnte auch nicht durch ein Gerichtsurteil angefochten werden: junge „gesunde“ Männer, die zudem nicht 100% chronologisch exakt den Verlauf der mühsamen und gefährlichen Flucht der letzten Jahre detailliert wiedergeben können, haben leider sowohl beim BAMF, wie bei vielen Gerichten große Schwierigkeiten mit ihrer Fluchtgeschichte anerkannt zu werden. Dass auch junge Männer schwer traumatisiert sein können und mit den Folgen von körperlicher und seelischer Misshandlung nicht umgehen können scheint an einigen Stellen unbekannt – vor allem dass Menschen nicht geglaubt wird, die sich genau aufgrund dessen nicht oder nicht ausreichend sprachlich ausdrücken können. Ein Trauma bedeutet doch Sprachlosigkeit!

Herr X. berichtete mir von genau diesen Problemen die er in den letzten Jahren hatte und wie es ihn stabilisiert hat, einerseits bei uns in der

Sozialberatung und gleichzeitig bei meiner Kollegin in der P-Klinik<sup>1</sup> stabilisierende psychologische Gespräche führen zu können.

Für viele meiner Klient:innen ist der aufenthaltsrechtliche Weg über die §§25a, 25b<sup>2</sup> die einzige Chance eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. So auch für Herrn X, der sich zunächst dafür entschied eine ausbildungsvorbereitende Maßnahme anzufangen, um dann §25a beantragen zu können. Während der ersten Monate wurde für Herrn X sehr deutlich, dass eine Ausbildung nicht das richtige für ihn ist. Ich habe ihm dazu geraten diesen Weg weiter zu verfolgen, Herr X entschied sich allerdings für das, was für ihn in diesem Moment das richtige war: Arbeit zu suchen. Seitdem arbeitet Herr X in verschiedenen Firmen und ist sehr glücklich mit seiner Entscheidung. Die aufenthaltsrechtliche Situation ist dadurch natürlich alles andere als leichter geworden: erst kam die Vorbereitung auf einen Härtefall-Antrag<sup>3</sup> und jetzt ist die Hoffnung groß in nicht all zu ferner Zukunft, dass das neue §25b Gesetz ihm endlich – nach über 7 Jahren Odyssee in Deutschland – zu einem sicheren Aufenthalt verhilft.

1. Die Partnerklinik des AK Asyls im PSZ Bielefeld: Klinik für Psychotherapeutische und Psychosomatische Medizin – Ev. Klinikum Bethel.

2. §25a AufenthG: Menschen zwischen 14 und 21 können nach 3 Jahren Schulbesuch oder einem Schulabschluss eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, wenn sie weiterhin die Schule besuchen, arbeiten oder eine Ausbildung machen. §25b AufenthG: Menschen die 8 Jahre in Deutschland leben und überwiegend ihren Lebensunterhalt sichern können eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Mit Familie: 6 Jahre. Im konkreten Fall bitte immer die gesetzlichen Voraussetzungen genau abgleichen, die Darstellung ist hier stark vereinfacht!

3. Der Antrag auf besondere Härte wird von einer Härtefallkommission aus Mitgliedern der Ausländerbehörden, Kirchen und Ärzt:innen überprüft, die beurteilen ob sie der jeweiligen kommunalen Ausländerbehörde die Empfehlung aussprechen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

## Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Arbeit des Psychosozialen Zentrums – kurzfristig neue Stellen geschaffen

Gamze Harman

Februar 2022 und es bricht Krieg in der Ukraine aus. Mit der Ankunft von vielen Geflüchteten aus der Ukraine kommen auch auf das PSZ Bielefeld neue Herausforderungen zu. Das Psychosoziale Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge (PSZ) ist eine Kooperation zwischen dem AK Asyl e.V. Bielefeld und der Klinik für Psychotherapeutische und Psychosomatische Medizin des Ev. Krankenhauses Bielefeld. Wir bieten psychosoziale Beratung, stabilisierende psychologische Gespräche sowie Unterstützung bei sozialarbeiterischen und aufenthaltsrechtlichen Belangen, all dies mit Unterstützung von Sprachmittler:innen.

Um den Belangen der Geflüchteten aus vielen anderen Ländern einerseits und den frisch angekommenen Geflüchteten aus der Ukraine andererseits nachkommen zu können und die Bedarfe bestmöglich zu erfüllen, wird im August eine neue Stelle ins Leben gerufen. Diese wird durch Bundesmittel finanziert. Es wird ein:e Sozialarbeiter:in/ Erziehungswissenschaftler:in für das Psychosoziale Zentrum für traumatisierte Geflüchtete (PSZ) als Erweiterung des Teams gesucht.

Seit August ist die Stelle mit mir, Gamze Harman, besetzt. Das Besondere an dieser Stelle ist, dass der Zuständigkeitsbereich eingegrenzt ist und somit die Beschäftigung mit den spezifischen Angelegenheiten der Geflüchteten aus der Ukraine möglich wird. Wichtig ist uns dabei, dass das Angebot nicht auf ukrainische Staatsbürger:innen begrenzt ist. Auch Drittstaatenangehörige können aufgenommen werden. Problematisch ist die zeitlich enge Befristung der Stelle (aktuell bis Dezember 2022), sodass langfristiger Vertrauensaufbau und stabile Beratungsbeziehungen voraussichtlich bereits in einiger Zeit abgebrochen werden beziehungsweise einen abrupten Wechsel erfahren müssen.

Aufgrund des Mehrbedarfs wird neben der sozialarbeiterischen Stelle in der P-Klinik die ukrainischsprachige Psychologin Inna Kozytska eingestellt und eine halbe Stelle für die

aufenthaltsrechtliche Beratung von Asser Nafie übernommen.

Mit der Psychologin Inna Kozytska wurde das Projekt „psychologische Unterstützungsgruppe“ initiiert. Bei dieser psychologischen Unterstützungsgruppe geht es um kleine Therapieeinheiten zur Verarbeitung von traumatischen Erlebnissen und zur Stärkung der Beteiligten. Die Gruppe hat die Möglichkeit einmal in der Woche für 1 1/2 Stunden mit verschiedenen Übungen individuell gestärkt zu werden. Ohne große verbale Kommunikation soll gemeinsam künstlerisch und non-verbal agiert werden.

Der Bedarf ist groß und der Anlauf stark. Es bedeutet den Geflüchteten viel, mit einer ukrainisch sprechenden Psychologin sprechen zu können. Für sozialarbeiterische Bedarfe stehe ich zur Verfügung und kümmere mich einerseits um Anliegen wie das Aufsuchen von Ärzt:innen, das Kontaktieren von Behörden und Ämtern und die Begleitung zu wichtigen Terminen und biete andererseits Klient:innen den Raum um über alltägliche Belange, Probleme und Schwierigkeiten sprechen zu können. Der enge Austausch zwischen Inna Kozytska, Asser Nafie und mir hat zum Ergebnis, dass die interdisziplinäre Arbeit vielseitig ist und die Betreuung der Klient:innen aus der Ukraine mehrgleisig und somit effektiver stattfinden kann.

Der oftmals sichere Aufenthaltsstatus der Geflüchteten aus der Ukraine durch den §24 AufenthG bringt Erleichterungen mit sich, sodass der Zugang zu Hilfen und Bildung vereinfacht wird und somit mehr Möglichkeiten und Ressourcen zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite ist eine Konfrontation mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus von einigen Drittstaatenangehörigen eine Herausforderung und bringt Fragezeichen und Unverständnis seitens der Betroffenen mit sich. Es kommen Emotionen wie Wut und Frustration auf, auch bei allen Unterstützer:innen.

Neben den Geflüchteten aus der Ukraine erhöhte sich auch der Beratungsbedarf bei Geflüchteten aus anderen Ländern, da viele seit Jahren in Deutschland

# Aus dem Verein

sind und auf eine Aufenthaltserlaubnis warten und sehen, dass Geflüchtete aus der Ukraine diese bereits nach kurzer Zeit erhalten und vielen Schwierigkeiten mit denen sie zu kämpfen haben, nicht ausgesetzt sind. Zudem klagen Geflüchtete aus anderen Ländern über die Bevorzugung von Geflüchteten aus der Ukraine in unterschiedlichen Bereichen wie Bildungszugang, Wohnmöglichkeiten und Zugang zur gesundheitlichen Versorgung.

Es wird deutlich, dass schnelle und unbürokratische Anpassung von Hilfsangeboten, die zügige

Aufenthaltssicherung und Integration in das Gesundheitssystem sowie die Bereitstellung finanzieller Mittel für all diese Maßnahmen durchaus im Bereich des Möglichen liegen, sofern denn politisch gewollt. Die traurige Realität ist, dass eine solche umfassende Unterstützung für Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern noch immer nicht in Aussicht ist. Eine solche offensichtliche Ungleichbehandlung stellt alle Beteiligten immer wieder vor große Herausforderungen.



## Zu Freunden ziehen? Als Familie zusammenleben? Nur scheinbar ganz einfach Erfahrungsbericht einer entnervten Beraterin

Lina Honens

Wenn Geflüchtete, die sich noch im Asylverfahren befinden, gerne umziehen möchten, müssen sie bei der jeweiligen Bezirksregierung (in unserem Fall in Arnberg) einen Antrag auf Umverteilung stellen. Dabei gibt es drei Gründe bei denen einen Umzug gerechtfertigt ist:

- Kernfamilie (Ehepartner, Kinder unter 18 und ihre Eltern)
- Berufliches (Arbeit, Ausbildung und Studium)
- Krankheit (die Behandlung/ Pflege ist an einem speziellen Ort notwendig).

Schlüssige Gründe, so möchte man meinen.

Ich möchte anhand einiger Beispiele aus der Praxis zeigen wie schwierig dieser Prozess sich gestalten kann und wie schrecklich es für Geflüchtete ist, nicht da wohnen zu dürfen wo sie möchten.

### 1. Umzug zum Partner und Kindsvater

Ein Klient von mir wird Vater! Er und die Mutter freuen sich sehr und möchten endlich zusammen ziehen. Ich stelle für die schwangere Partnerin einen Umverteilungsantrag. Er wird abgelehnt. Leider ist eine Umverteilung erst möglich wenn das Kind geboren ist. Erst dann besteht der familiäre Bezug (es gibt zu diesem Zeitpunkt bereits eine Vaterschaftsanerkennung und eine Bescheinigung über das gemeinsame Sorgerecht – auch Belege über dir religiöse Trauung, aufgrund fehlender Identitätsdokumente ist eine standesamtliche Trauung nicht möglich.) Aber wenn das Kind da sei, würde sofort zugestimmt.

Unterstützung während der Schwangerschaft, gemeinsam im Alltag geteilte Freude über das, was kommt – nicht möglich.

Endlich, das Kind ist da. Ich stelle einen neuen Antrag. Zwei Tage später: ich rufe in Arnberg an, um sicherzugehen, dass alles korrekt ist. Aussage eines Sachbearbeiters: Der Antrag ist angekommen und vollständig, bekommt aber einen neuen Sachbearbeiter. Zwei Wochen später: ich rufe in

Arnsberg an. Der Antrag sei da, habe keinen Anhang (bei der Weiterleitung verloren?). Ich schicke die gleiche Mail noch einmal an den neuen Sachbearbeiter. Zwei Tage später: ich rufe in Arnberg an. Meine Mail sei eingegangen. Die Bearbeitung des Antrages sollte ca. zwei Wochen dauern. Sie werden mir die Antwort auch per Mail zukommen lassen. Drei Wochen später: ich erkundige mich per Mail nach dem Stand des Verfahrens. Bekomme keine Antwort. Zwei Tage später: ich rufe in Arnberg an. Sie hätten viel zu tun, Krankheit und so, aber mein Antrag sei bereits in Bearbeitung. Zehn Minuten später: Ich erhalte eine Mail, dass mein Antrag keinen Anhang gehabt habe. Ich schicke noch einmal die gleiche Mail, mit dem Verweis, dass ich diese bereits vor einem Monat geschickt habe. Ich rufe in Arnberg an: meine Mail ist eingegangen. Der Anhang sei mit eingegangen und ließe sich öffnen. Ich habe drei Wochen Urlaub und gebe meine Kollegin als Kontakt an. Dreieinhalb Wochen später: ich schreibe eine Mail und erkundige mich nach dem Stand des Verfahrens. Ich erhalte keine Antwort. Vier Tage später: Ich rufe in Arnberg an: der Antrag sei bewilligt, er würde diese Woche mit der Post raus gehen. Er könne mir die Bestätigung auch per Mail schicken (nimmt meine E-Mailadresse auf – wir hatten ja erst ca. 10 Mal Mailkontakt). Zwei Tage später: ich bekomme eine Mail mit der Info, dass der Brief zurück gekommen sei und noch einmal verschickt werde. Ich antworte mit der Bitte, mir den Bescheid per Mail zukommen zu lassen. Fünf Tage später: Der Klient meldet sich bei mir. Sie haben den Bescheid erhalten – er schickt ihn mir. Drei Tage später: Ich erhalte den Bescheid per Mail. Die Familie kann endlich zusammen wohnen!

### 2. Eine junge schwer traumatisierte Frau möchte zu ihrer Verwandten ziehen

Die Klientin von mir ist seit Jahren auf der Flucht. Sie hat massive sexualisierte Gewalt erlebt und ist schwer traumatisiert. Sie wohnt in einer großen Gemeinschaftsunterkunft, teilt sich ein Zimmer und die dreckigen Waschräume (mir wurde ein



Bild: Michal Balog Unsplash

erschreckendes Video gezeigt). Sie hat niemanden vor Ort. Facharztbesuche müssen vom Gesundheitsamt erlaubt werden, dafür muss es eine ausführliche Begründung vom Hausarzt geben. Dies kann sie dem Hausarzt jedoch nicht erklären, da ihr die Sprachkenntnisse fehlen. Es dauert daher Monate und sehr viele Telefonate bis endlich eine Behandlung bewilligt wird.

Ihr wurde eine posttraumatische Belastungsstörung und eine schwergradige depressive Episode diagnostiziert. Sie ist einsam und unglücklich. Sie möchte unbedingt zu einer engen Verwandten oder einer engen Freundin ziehen. Einen Menschen in ihrer Nähe haben, den Sie kennt und der für sie da ist. Es gibt eine ausführliche fachärztliche Stellungnahme in bestätigt wird, dass der Umzug medizinisch erforderlich sei um eine weitere psychische Dekompensation abzuwenden.

Das Problem ist: sie erfüllt keine der oben genannten Punkte, die einen Umverteilungsantrag begründen würden. Aber sie kann ja einfach warten bis ihr Asylantrag bewilligt ist...

Aber auch anerkannte Asylbewerber:innen mit einem Aufenthaltstitel müssen die ersten drei Jahre noch am Zuweisungsort wohnen bleiben. Auch dazu ein kleiner Praxisfall:

3. Eine Klientin mit Aufenthalt möchte gerne mit ihren drei Kindern umziehen. In ihrem aktuellen Wohnort hat sie (sexualisierte) Übergriffe durch einen Mann erlebt. Es gibt Nachweis über Anzeigen bei der Polizei und einen Bericht von einer spezialisierten Beratungsstelle. Sie hat selbstständig in einer anderen Stadt eine Wohnung und eine Arbeit gefunden. Ich stelle den Antrag auf Umzug. Antwort: Dieser könne erst bewilligt werden wenn sie über drei Monate ihre Lohnabrechnungen einreiche und genug verdiene.

Wegen der (sexualisierten) Gewalt – wenn sie in einem Frauenhaus sei würde der Antrag sofort bewilligt. Ist sie aber aktuell nicht – war sie in der Vergangenheit immer wieder. Er könne auch als Notfall bewilligt werden, dann würde sie aber irgendwo hinkommen – nicht in die gewünschte Stadt. Die Frau pendelt, macht ihren Job, leiht sich überall Geld um die doppelte Miete zu finanzieren. Es kommt Corona. Sie bekommt weniger Stunden. Wird gekündigt. Arnsberg: da können sie leider nichts machen. Dann brauche sie eben einen neuen Job. Sie sucht einen neuen Job. Findet einen neuen Job. Neuer Arbeitsvertrag nach Arnsberg gefaxt. Sie pendelt, macht ihren Job, leiht sich noch mehr Geld um die doppelte Miete zu finanzieren. Neuer Job bedeute auch neue Lohnabrechnungen. Bei einem der sehr vielen Telefonate mit immer wieder dem gleich Sachbearbeiter in Arnsberg: der Mitarbeiter beschwert sich, dass ich zu schnell sei. Er wisse nicht worum es gehe, ich könne ja einfach behaupten, dass wir telefoniert hätten. Außerdem ärgere er sich, dass nicht mehr alles in Papierform sei und er käme mit den Exceltabellen nicht zurecht, da könne er die Fälle ja nicht finden. Beschwerde über den Mitarbeiter bei der Vorgesetzten. Sie versteht meine Unzufriedenheit. Sie macht eine Ausnahme: da schon Lohnabrechnungen der alten Stelle eingereicht wurden, reicht eine einzige Lohnabrechnung aus. Lohnabrechnung eingereicht: Klientin darf umziehen. Sechs Monate nachdem der Antrag gestellt wurde. Für mich bedeutet das sechs Monate lang Anrufe und Mails bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Beratungsstelle. Viele Telefonate, Mails, Faxe und Briefe nach Arnsberg, viele Beratungsgespräche. Für die Klientin sechs Monate lang: alleinerziehend mit 3 Kindern, Lohnarbeit, Pendeln, doppelte Miete, Unsicherheit, weiterhin Angst vor dem Täter.

## Antirassistische Konferenz zum Kampf für gleiche Rechte

Ela

Anfang Juni waren wir mit einigen Menschen aus Bielefeld bei der „NO LAGER – BREAK ISOLATION“ Konferenz in Göttingen.

Mit dabei waren auch Klienten des AK Asyls: „Dass es solche Orte gibt, wusste ich vorher nicht. So viele tolle Menschen und was für eine Energie!“ – so ein Teilnehmer der Gruppe.

Über 300 Menschen aus mehr als 60 Städten & 50 selbstorganisierten Gruppen haben sich dort für drei Tage zusammengefunden. Ziel war ein Austausch über Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien und Aktionen gegen Lager und gegen die rassistische Abschiebepaxis der Bundesrepublik.

Das Ganze wurde in verschiedenen Workshop-Formaten, Diskussionsrunden und informellen Gesprächen durchgeführt – begleitet von Rahmenprogramm wie Open Mics, Musik und einer Ausstellung über antirassistische Praxis, Selbstorganisation & Empowerment in der Medienarbeit.

Redebeiträge & Workshops wurden simultan in bis zu 5 verschiedene Sprachen übersetzt und die verschiedenen Erfahrungen, Arbeits-Praxen und Aktions- oder Kampagnen-Ideen miteinander geteilt.

Neben der Ungleichbehandlung von Geflüchteten, je nach „Herkunftsländern“ wurden die Lager und Abschiebe-Praxis der BRD kritisiert und angestrebt, eine stärkere Vernetzung zwischen den verschiedenen Gruppen aufzubauen, bzw. beizubehalten: Gruppen der Geflüchteten-Selbstorganisation waren ebenso vertreten wie Anti-Abschiebe-Bündnisse oder Bürger\*innen-Asyl-Gruppen, die Schlafplätze organisieren.

Das nächste Treffen ist bereits in Planung und wird hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lassen!

Hier die Pressemitteilung der Konferenz:

Göttingen, den 13. Juni 2022

/Pressemitteilung/

NO LAGER - BREAK ISOLATION

Antirassistische Konferenz zum Kampf für gleiche Rechte

Mehr als 300 Menschen aus über 60 Städten und mehr als 50 selbstorganisierte und antirassistische Gruppen und Initiativen haben sich vom 10.-12. Juni 2022 in Göttingen zur NO LAGER – BREAK ISOLATION!

Konferenz getroffen, um sich zu Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien und Aktionen gegen Lager und gegen die rassistische Abschiebepaxis in der Bundesrepublik auszutauschen.

Die zentrale Botschaft: Wir sind bereit, gegen das Lagersystem und für Wohnungen für Alle zu kämpfen. Gegen jede Abschiebung und für das Recht zu kommen, zu gehen und zu bleiben.

Ziel der Konferenz war es, nach fast 2 ½ Jahren Corona-Pandemie wieder zusammen zu kommen, antirassistische Kämpfe zu verbinden, sich zu vernetzen und einen Ausdruck für gemeinsame Aktionen und Strategien zu suchen. Dazu gab es Workshops und Arbeitsgruppen für die Abschaffung aller Lager, Anti-Abschiebekämpfe und die Vernetzung von Selbstorganisation von Geflüchteten und Migrant:innen.

Dabei steht fest: Vor dem Hintergrund rassistischer Kontinuitäten, der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung von Geflüchteten in der Bundesrepublik, der weiterhin tödlichen Abschottungspolitik EUropas, vom Mittelmeer, über Belarus bis nach Suhl, das Problem heißt Rassismus.

Der Umgang mit geflüchteten Ukrainer\*innen zeigt, dass eine andere Aufnahmepolitik möglich ist. No Lager ist nicht nur die Kritik an einer Unterbringungsform, sondern steht sinnbildlich für den Protest gegen Lagerstrukturen – gegen eine Politik, die geprägt ist von Abschottung und Abschreckung.

# Vor der Haustür

---

„Überall in Deutschland widersetzen wir uns bereits dieser rassistischen Ausgrenzung. Wir verhindern Abschiebungen, organisieren Schlafplätze und machen politisch Druck auf die Verantwortlichen. Allein, dass wir uns heute mit über 300 Leuten aus dem gesamten Bundesgebiet treffen, zeigt, dass es uns gibt,“ sagt Emmanuel aus Freiburg in seiner Eröffnungsrede.

„Wir sind hier zusammengekommen, um Lösungen und Strategien für das Problem des grassierenden

Rassismus zu finden. Rassismus in Deutschland und EUropa hat System und das bundesdeutsche Lagersystem hat eine lange und brutale Geschichte. Doch wir werden nicht müde, gegen diesen Rassismus und für gleiche Rechte zu kämpfen.“ erklärt Behnam Blumengarten zur Situation in bundesdeutschen Lagern und kündigt an:

„Wir sehen uns zu den Gedenkveranstaltungen und der Demonstration am 27. August 2022 anlässlich des 30. Jahrestages der rassistischen Pogrome in Rostock-Lichtenhagen. We'll come united!“

Mehr Informationen zur bundesweiten antirassistischen

Lager-Watch-Vernetzung:

<https://lager-watch.org/>

Mehr Informationen zur bundesweiten Demonstration in Gedenken an das

Pogrom Rostock-Lichtenhagen 1992:

<https://gedenken-lichtenhagen.de/>

\_Pressekontakt\_

Lager-Watch steht Ihnen gerne für Rückfragen und Interviews zur

Verfügung. Mail: [info@aktionbleiberecht.de](mailto:info@aktionbleiberecht.de)

## Nach tödlichem Polizeieinsatz – Angst bei Jugendlichen

### GEMEINSAME STELLUNGNAHME ZUR TÖTUNG EINES JUGENDLICHEN DURCH POLIZEIKRÄFTE IN DORTMUND

Dies ist eine gemeinsame Stellungnahme der psychosozialen Zentren in NRW, die kurz nach der Tötung des Jugendlichen in Dortmund durch Polizeibeamte Anfang August diesen Jahres von Vertreter:innen der PSZ verfasst wurde. Sie wurde vom PSZ Bielefeld und vom Ak Asyl e.V. unterschrieben und unter anderem auf der Homepage des PSZ Bielefeld veröffentlicht.

Was wir wissen:

Am 9. August 2022 wird Mohammed D., ein Jugendlicher, der als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aus Senegal in einer Jugendhilfeeinrichtung in Dortmund lebt, durch Polizeischüsse getötet. Betreuer\*innen aus der Einrichtung hatten die Polizei gerufen. Der Jugendliche soll ein Messer in der Hand gehabt und damit gedroht haben. Insgesamt sollen elf Polizist\*innen vor Ort und Pfefferspray und ein Taser zum Einsatz gekommen sein. Laut Dortmunder Staatsanwaltschaft hat ein Polizeibeamter sechs Schüsse aus seiner Maschinenpistole abgegeben, fünf davon trafen Mohammed D. in den Bauch, in den Kiefer, in den Unterarm und zweimal in die Schulter. Die Staatsanwaltschaft bestätigt weiter, dass der Jugendliche am Morgen aus einer psychiatrischen Einrichtung entlassen wurde. Noch sind viele Fragen offen.

Wir sind schockiert darüber, dass ein Einsatz gegen einen einzelnen Minderjährigen mit dem

mehrmaligen Gebrauch von Schusswaffen und dessen Tod endete. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen, Freund\*innen und Unterstützer\*innen des verstorbenen Mohammed D. Unsere Gedanken sind auch bei all den Menschen, bei denen diese entsetzliche Gewalttat Ängste und existentielle Verunsicherung schürt – davor, selbst angegriffen, verletzt und im schlimmsten Fall getötet zu werden.

Was der Vorfall auslöst: Junge Menschen erfahren vor und während der Flucht häufig massive Menschenrechtsverletzungen, sie sind Gewalt, Verfolgung, Inhaftierung und Folter ausgesetzt und erleben das Leid und den Tod von Angehörigen mit. Massive Einschränkungen in der Lebensplanung, durch ungewisse Aufenthaltsperspektiven und schlechten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung schmälern die Entwicklungschancen und führen zu Einsamkeit und Hilflosigkeit. Nichtsdestotrotz zeigen junge Geflüchtete mit der richtigen Unterstützung eine bemerkenswerte Resilienz und schaffen es, ein Leben in Sicherheit aufzubauen.

# Vor der Haustür

Diese so notwendige Sicherheit wird durch den Vorfall in Dortmund grundsätzlich in Frage gestellt. Solange der Fall nicht anderweitig aufgeklärt wird, weckt er vor allem bei Jugendlichen of Color und Schwarzen Jugendlichen schmerzhaftes Erinnerungen an Fälle von unverhältnismäßiger rassistischer Polizeigewalt. Das Vertrauen der Jugendlichen in staatliche Strukturen wird erneut massiv erschüttert, wenn die Polizei als Vertreterin des Staates eine Bedrohung für ihr Leben ist. Auch das Jugendhilfesystem und die Psychosozialen Zentren (PSZ) müssen der Polizei vertrauen können, dass bei Selbst- und Fremdgefährdung Sicherheit hergestellt werden kann und keine weitere Gefährdung von Menschenleben zu befürchten ist.

Was es jetzt braucht:

- Die unabhängige Aufarbeitung durch ein Expert\*innengremium über die polizeiinternen Ermittlungen hinaus
- Unabhängige Untersuchungs- und niederschwellige Beschwerdestellen zu Polizeigewalt in Jugendhilfeeinrichtungen
- Den Einbezug der Perspektiven der betroffenen Communities
- Die Sensibilisierung von Polizei und Ordnungsbehörden für die Situation psychisch belasteter Menschen und speziell Geflüchteter
- Zugang zu adäquater psychosozialer Versorgung für geflüchtete Menschen

Erstunterzeichnende (11. August 2022)

BAfF e.V., Bundesverband der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer

BumF e.V., Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

JoG (Jugendliche ohne Grenzen)

PSZ Aachen

PTZ Ahlen

PSZ Bielefeld

MFH Bochum

PSZ Mondial Bonn

PSZ Dortmund

PSZ Düsseldorf

PSZ Hagen

CTZ Köln

PSZ Lüdenscheid

PSZ Mönchengladbach

Refugio Münster

PSZ Niederrhein Dinslaken

PSZ Niederrhein Moers

PSZ Siegen

ReachOut (Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung)

## Mouhamed Lamin Dramé – tortured with tear gas and Taser then shot to death by Dortmund police

Black Community Hamburg

Dieses Statement der Black Community Hamburg wurde in Bielefeld anlässlich der Demonstration in Gedenken an Mouhamed Lamin Dramé und all die anderen von der deutschen Polizei getöteten Personen verlesen.

Es ist online veröffentlicht unter:

[https://blackcommunityhamburg.blackblogs.org/2022/08/14/stellungnahme-mouhamed-lamin-drame\\_de/](https://blackcommunityhamburg.blackblogs.org/2022/08/14/stellungnahme-mouhamed-lamin-drame_de/)

Der 16-jährige Mouhamed Lamin Dramé war ein unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aus dem Senegal und am 8. August 2022 in einer so außergewöhnlichen Krisensituation, dass er drohte, sich selbst zu verletzen oder gar zu töten. Zu diesem Zeitpunkt befand er sich in einer stationären Unterbringung in einer Jugendwohngruppe der St. Elisabeth Jugendhilfe an der St. Antonius Kirche in der Dortmunder Nordstadt. Kurz zuvor war er auf eigenen Wunsch wegen psychischer Probleme in einer psychiatrischen Klinik behandelt worden und äußerte sowohl gegenüber seinen Betreuern als auch gegenüber den herbeigerufenen Polizeibeamten seine Suizidabsichten. Er verstand nur wenig oder gar kein Deutsch. Seine Muttersprachen waren Wolof und Französisch.

Wir fragen uns also: Wie und in welcher Sprache hat die Polizei eigentlich kommuniziert, um ihn zu beruhigen und seinen Selbstmord zu verhindern?

Mouhamed starb in einem Kugelhagel aus einer Maschinenpistole. Der Schrecken über den Tod eines so jungen Menschen sollte eigentlich die nationalen Schlagzeilen beherrschen, doch ein Großteil der Reaktionen erscheint eher als „Debatte“ oder Rechtfertigung für die Anwendung tödlicher Gewalt, weil Mouhamed ja ein Messer in der Hand gehalten hat.

Wir verurteilen die allgemeine Medienberichterstattung, die den Ablauf der Ereignisse so verzerrt, als ob die Polizeibeamten Mouhamed als letztmögliches Mittel erschießen „mussten“, weil der Einsatz von Reizgas und Tasern „ihn nicht beruhigen konnten“.

Warum gehörten zu den Einsatzkräften in einer suizidalen Krise keine psychologischen oder

psychiatrischen Fachkräfte, oder warum warteten die Polizeibeamten nicht auf solche medizinischen Fachkräfte, die sich angemessen um Mouhamed hätten kümmern können, sondern griffen gleich selbst und im ersten Schritt übertrieben gewalttätig ein, wodurch eine ohnehin schon bestehende Krisensituation noch weiter unprofessionell eskaliert wurde?

Wie können Polizeibeamte ernsthaft „versuchen“ wollen, einen Selbstmord mittels eines chemischen Kampfstoffes („Tränengas“) und einer Elektroimpuls-Waffe (Taser) zu „verhindern“ und „die Lage zu beruhigen“?

Welche Kompetenzen haben eigentlich Polizeibeamt\*innen, die in erster Linie für den Umgang mit Patienten in psychisch kritischen Situationen eingesetzt werden? Ist deren so genannte Amtshilfe eine Lizenz zum gewaltsamen Einschreiten oder gar eine Lizenz zum Töten?

Jede\*r Mediziner\*in würde für fehlerhafte tödliche Behandlungen von Patient\*innen zur Rechenschaft gezogen werden – Polizist\*innen jedoch haben eine uneingeschränkte Lizenz zum Verletzen und Töten, sanktioniert durch die staatlichen Behörden und Institutionen, durch Politiker\*innen sowie die von den Medien einseitig erzeugte öffentliche Meinung. Es fehlt dabei jede kritische Bewertung von fehlender Kompetenz und Erfahrung sowie jede Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht. Während „Spekulationen“ über bekannte Tatsachen moralisch und rechtlich „verboten“ seien, gehört die voreingenommene und unreflektierte Konstruktion von angeblichen „Notwehrsituationen“ zur Normalität des öffentlichen Mediendiskurses über polizeiliche Tötungen und deren juristische Aufarbeitung.

Die Anwendung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und schutzbedürftige Menschen ist jedoch immer ein menschenverachtendes Problem und kann nie und unter keinen Umständen als irgendwie zielführende „Lösung“ angenommen werden!

Unzählige Fälle von Polizeigewalt, rassistisch motivierten Aggressionen und extralegalen Tötungen schutzbedürftiger Menschen durch im Umgang mit psychischen Krisensituationen unzureichend geschulte Polizeibeamte sind ein leider nur allzu bekanntes Phänomen – doch Lernprozesse oder gar eine Fehlerkultur lässt sich in den Behörden leider nirgendwo erkennen. Eher im Gegenteil: der Status Quo ist garantierte Straffreiheit durch alle verfügbaren Mittel und Manipulationen.

Während wir den Verlust von Mouhamed betrauern, teilen wir gleichzeitig auch noch die Trauer, den Schmerz, die Wut und den Kummer über weitere Morde in der jüngsten Vergangenheit:

2. August – ein 23-jähriger Schwarzer Mann aus Somalia wurde in den frühen Morgenstunden von der Polizei in Frankfurt durch einen Kopfschuss hingerichtet

3. August – der 48-jährige Jozef Berditschewski, ein stadtbekannter Straßenmusiker russischer Nationalität, wurde in seiner Wohnung von 2 Kölner Zivilpolizisten bei einer Zwangsräumung erschossen

4. August – ein 39-jähriger Mann in einem offensichtlich psychotischen Zustand wurde von der Polizei Recklinghausen nach Pfeffersprayeinsatz zu Tode fixiert.

Und wir betrauern natürlich auch die vielen schon vorher begangenen Morde an

Kamal Ibrahim – am 3. Oktober 2021 von der Polizei Stade erschossen – 13 Schüsse

Omar K. – erschossen am 28. Mai 2021 von der Hamburger Polizei – 7 Schüsse

Mohamed Idrissi – erschossen am 18. Juni 2020 von der Bremer Polizei – 2 Schüsse

Aman Alizada – erschossen am 17. August 2019 von der Polizei Stade – 5 Schüsse

Adel B. – erschossen am 18. Juni 2019 durch die Polizei Essen – 1 Schuss (durch eine Tür)

Matiullah Jabarkhil – am 13. April 2018 von der Polizei in Fulda erschossen – 12 Schüsse

Diese Liste bedeutet ausdrücklich nicht, dass deutsche Polizeibeamte keine Weißen Menschen in psychischen

Krisensituationen erschießen oder anderweitig töten würden – aber sie verdeutlicht eindrücklich, dass die unangemessene und kontraproduktive Exekutionen von verletzlichen Schwarzen Menschen und People of Colour in Krisensituationen durch die Polizei keinerlei rechtliche oder andere institutionelle Konsequenzen haben.

Kein einziger dieser Fälle führte zu strafrechtlichen Anklagen oder auch nur zu einer Disziplinarstrafe für die Beamten. Um künftige Gewaltanwendung zu verhindern und das Vertrauen der Community zu stärken, muss zukünftig Rechenschaft abgelegt werden.

Wir verstehen all diese Fälle als Fälle rassistischer Ungleichbehandlung und rassistisch motivierter Brutalität, die tief in unserer institutionellen und systemischen Unterdrückung verwurzelt sind.

Wir verstehen den historischen Kontext und verurteilen die systemische Legalisierung der Entmenschlichung Schwarzen Lebens in deutschen Gesetzen, der deutschen Verwaltung, den deutschen Medien und allgemeinen gesellschaftlichen Praktiken und Verhaltensweisen.

Wir werden nicht zulassen, dass der Tod des 16-jährigen Mouhamed Lamin Dramé umsonst gewesen ist.

Seine Ermordung ist eine ernüchternde Erinnerung an die Notwendigkeit, wieder einmal für den Wert des Schwarzen Lebens in diesem Land kämpfen zu müssen, in dem ein Schwarzes Kind in einer psychischen Krise ungestraft gequält und ermordet werden kann.

Die BLACK COMMUNITY COALITION OF JUSTICE & SELF-DEFENCE fordert alle couragierten zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen auf, schnell und konsequent zu intervenieren, um den Mord an Mouhamed rückhaltlos aufzuklären und seiner trauernden Familie Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Formal fordern wir auch eine gründliche und umfassende Aufarbeitung durch den deutschen Rechtsstaat, wohl wissend, dass wir bisher in allen derartigen Fällen immer wieder schmerzhaft Erfahrungen mit systematischer Rechtsbeugung und Vertuschung machen mussten.

TOUCH ONE – TOUCH ALL

## Die Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche feiert ihren ersten Geburtstag

Franziska Fritz

„Ich habe endlich keine Angst mehr, wenn ich das Haus verlasse. Ich freue mich auf die Schule“ (Jounis, 17 Jahre).

Jounis hat das Angebot zur psychischen Stabilisierung der Fachstelle Trauma und Flucht seit 8 Monaten besucht und kann nun sicherer auf den Alltag blicken.

Die Fachstelle Trauma und Flucht für Kinder und Jugendliche wurde als Kooperationsprojekt des AWO Kreisverbands e.V. und der Diakonie für Bielefeld gGmbH im Juli 2021 gegründet. Nach einem knappen Jahr haben schon mehr als 40 unbegleitete Minderjährige und Kinder mit ihren Familien in Bielefeld und Kreis OWL Unterstützung durch die Fachstelle erhalten.

Die drei Kolleginnen der Fachstelle arbeiten

interdisziplinär zusammen und engagieren sich, die Kooperationen und Netzwerke für die geflüchteten jungen Menschen auszubauen. „Wenn die Betreuer:innen in Einrichtungen die Traumata und Symptome ihrer Minderjährigen verstehen, können Sie den Alltag viel leichter und traumasensibel gestalten. Das hilft allen“, beschreibt Frau Etzhold (Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin), die häufig Gespräche mit Jugendhilfeeinrichtungen und den Jugendlichen führt.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in den Stabilisierungsangeboten für die belasteten Kinder und Jugendlichen. Die jungen Menschen oder deren Eltern, wenn die begleitet geflüchtet sind, haben meistens mehrfache traumatische Situationen erleben müssen: Krieg, Missbrauch, Zwangsehe,



Diakonie für Bielefeld GmbH

Rekrutierung als Kindersoldat bis zu tödlichen Gewalttaten gegen Menschen.

„Das Gesicht scheint zu lachen, aber die Seele ist gebrochen. Viele junge Menschen danken der Fachstelle, dass sie endlich einen Ort gefunden haben, an dem sie über ihre Erlebnisse oder ihre Trauer sprechen und gleichzeitig erlernen können, mit dem Erlebten zu leben“, berichtet Frau Fritz (Traumapädagogin). Im Alltag versuchen die jungen Menschen, in der Schule zu lernen, sich sportlich zu betätigen und von ihren schweren Gedanken abzulenken. Konzentrations- und Schlafstörungen sind nur einige Symptome, die den Alltag belasten. „Eine Traumadiagnostik kann helfen, die Folgesymptomatik ihrer traumatischen Erfahrungen zu verstehen und passende Anschlusstherapien zu suchen“ beschreibt Frau Zurmühlen (Psychologin M.Sc.).

Die Fachstelle Trauma und Flucht begleitet Kinder und Jugendliche während ihres belastenden Alltages und unterstützt sie darin, sich und ihre Symptomatik besser zu verstehen. Dies macht das Ankommen in der neuen Heimat ein Stückchen leichter.

Langfristig geht es in der Fachstelle Trauma und Flucht darum, dass junge Menschen wieder gesund werden, sich wohl und sicher fühlen, „gesellschaftsfähig“ sein können entgegen der alltäglichen Belastungen und Einschränkungen.

In diesem Sinne möchten wir uns bei den schon bereits bestehenden Kooperationspartner:innen für die hilfreiche Zusammenarbeit bedanken und freuen uns auf die nächsten gemeinsamen Jahre mit einem immer größer werdenden traumasensiblen Netzwerk.

## Das 9 € Ticket - So viel Freiheit.

Lina Honens, Isabelle Sanders und Mohamad AlHaza

In den Monaten Juni, Juli und August war dieses Jahr für NEUN Euro ein Nahverkehrsticket für ganz Deutschland zu erhalten.

Für viele Menschen war es einfach nur praktisch. Für unserer Klient:innen bedeutete es ganz viel Freiheit.

Freiheit in den Dingen, die für viele Menschen Normalität sind.

Einfach zu uns zur Beratung fahren können. Keine Anrufe mehr, dass Ende des Monats sei und sie sich die Fahrt zu uns nicht mehr leisten können. Besuch bei Anwält:innen und Ärzt:innen waren plötzlich ohne zusätzliche Kosten möglich, was das Leben sehr erleichtert hat.

Doch nicht nur das Wahrnehmen von behördlichen oder gesundheitlichen Terminen wurde einfacher, auch die persönliche Bewegungsfreiheit zu privaten Zwecken erweiterte sich. Verwandte oder Freunde in anderen Städten besuchen war plötzlich viel einfacher durchführbar. Einfach mal andere Städte sehen, etwas Neues entdecken, sich umschaun. Viele Klient:innen leben schon lange in Deutschland und sind noch nie gereist.

Wir haben mit Mohamad gesprochen, einem unserer Klienten, der das 9 Euro Ticket in diesem Sommer sehr viel genutzt hat.

Er erzählt begeistert von den unterschiedlichen Städten, die er gesehen hat: Berlin, Hamburg, Kiel, Aachen, Köln, Frankfurt, Hannover, Bonn, Bremen, Wolfsburg, Aachen, Frankfurt, Düsseldorf – selbst bis zur Grenze an die Niederlande gereist, um sich anzuschauen, wie es dort aussieht. Hinüber fahren durfte er mit seinem Aufenthaltsstatus nicht.

„Zuerst bin ich nach Hamburg gefahren, weil ich in Richtung Meer wollte. Ich bin immer morgens mit dem ersten Zug losgefahren, bin ein wenig durch die Stadt gelaufen, habe einen Kaffee getrunken und dann abends den letzten Zug zurück genommen.“ In Hamburg hätten ihn besonders die großen Schiffe beeindruckt, er habe zum ersten Mal in seinem Leben ein Containerschiff aus der Nähe gesehen. Zunächst beschränkte Mohamad sich auf Tagesausflüge, schaute sich das Automobilmuseum in Wolfsburg an („Das war so beeindruckend, diese alten Autos kann man auf der Straße gar nicht mehr finden, ich bin begeistert von dem Museum, habe viel gelernt.“) und

# Vor der Haustür

machte ein Foto vom Studio der Deutschen Welle in Bonn. Mit der Zeit wurde Mohamad mutiger, er erlebte viel Freundlichkeit von Mitreisenden bei Zugausfällen und Verspätungen:

„Einmal habe ich auf dem Weg von Frankfurt zurück nach Bielefeld einen Anschlusszug verpasst und dachte, ich müsste am Bahnhof übernachten. Dann hat mich jemand eingeladen, bei ihm zu schlafen. Das hat mich sehr gefreut, es ist schön, die Erfahrung zu machen, wie hilfsbereit Menschen sein können!“

Um seine Reisen verlängern zu können, besorgte Mohamad sich Campingausrüstung. Er übernachtete auch mehrere Tage in der Nähe von Kiel auf einem Campingplatz am Meer: „Ich hatte mich erkundigt und wusste, dass man in Deutschland nicht einfach irgendwo schlafen darf. Der Campingplatz war sehr schön, es waren sehr viele alte Menschen dort. Ich glaube, ich war der Jüngste auf dem ganzen Platz! Die alten Leute waren sehr freundlich, von einem älteren Ehepaar habe ich ein schönes Foto im Sonnenuntergang gemacht, sie haben sich sehr darüber gefreut.“

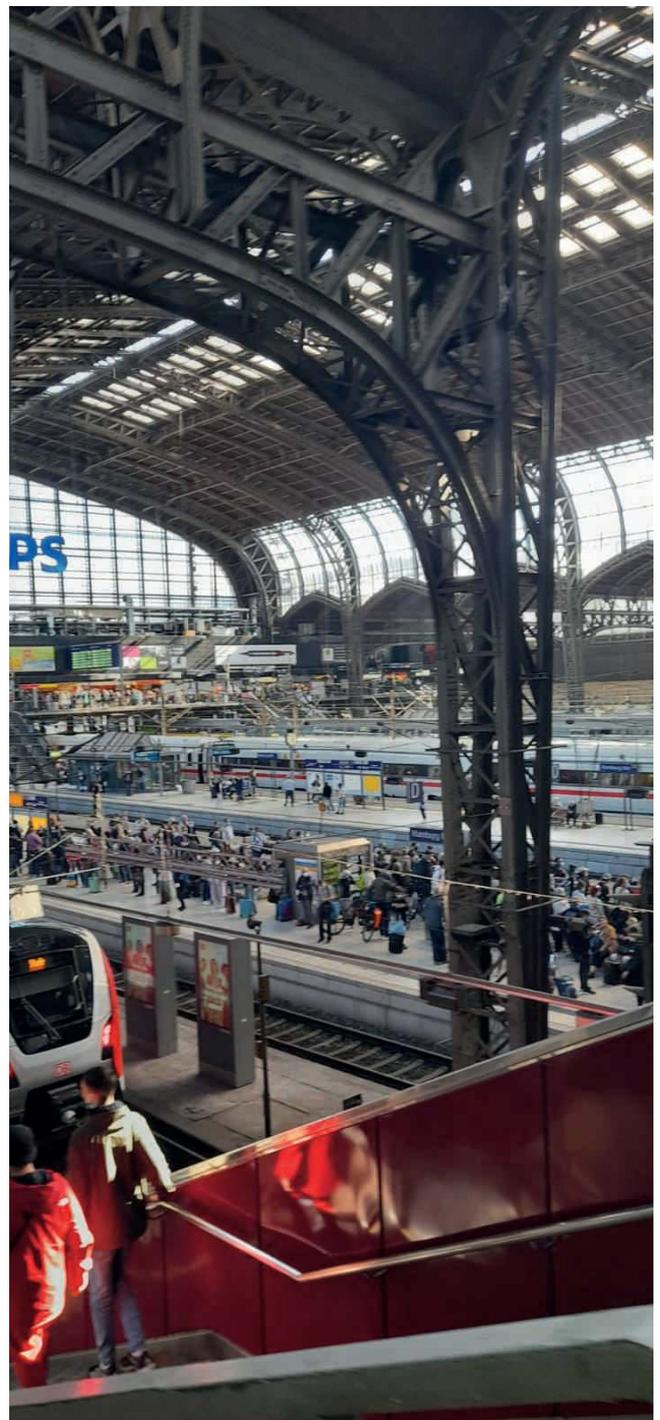
Auch Verwandte konnte er nun einfacher besuchen, war bei einem Onkel, den er zehn Jahre lang nicht gesehen hatte. Es war immer zu teuer gewesen. Obwohl Mohamad und seine Mutter nun schon seit mehreren Jahren in Deutschland sind, hat das Geld für einen Besuch nie gereicht.

Mohamads größter Traum war es, einmal nach Berlin zu fahren. „Als ich losgefahren bin, war es sehr heiß. Die Zugfahrt war lang und anstrengend, aber als ich endlich am Berliner Hauptbahnhof aus dem Zug gestiegen bin, fiel die Erschöpfung von mir ab. Ein Traum ist wahr geworden. Ich kann es immer noch nicht glauben, dass ich geschafft habe, alleine nach Berlin zu fahren!“

Das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft mit wenig Geld, Sorge um den Aufenthaltsstatus, täglichem Stress und wenig positiver Abwechslung bedeutet eine enorme psychische Belastung. Mohamad berichtet, was sich durch die zusätzliche Mobilität für ihn verändert hat: „Der Druck war plötzlich weg. Das Unterwegssein tat mir so gut, ich habe mich endlich wieder frei gefühlt. Ich hätte nicht gedacht, dass es in Deutschland so viele unterschiedliche Orte und Landschaften gibt. Wenn es das 9 Euro Ticket noch einmal gibt, möchte ich mir dieses Mal mehr Natur anschauen, aufs Land fahren. Durch die Reisen habe ich sehr viel Selbstbewusstsein

gewonnen, ich hätte mir vorher nie zugetraut, ganz alleine quer durch das Land zu fahren, mein Deutsch anzuwenden und damit gut durchzukommen. Ich habe so viele Leute kennengelernt, nette und weniger nette, das war eine sehr interessante Erfahrung. Einige würde ich gern wiedersehen und besuchen, doch es ist leider viel zu teuer. Durch das Reisen habe ich das Leben wieder lieben gelernt.“

Alle Bilder von Mohamad AlHazzaa



# Vor der Haustür



## Forderungen des Netzwerks Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – NRW

In Deutschland leben aktuell ungefähr 1,3 Millionen Geflüchtete, viele von ihnen im laufenden Asylverfahren und mit ungesichertem Aufenthaltsstatus. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden im Jahr 2021 148.233 Asylerstanträge gestellt (BAMF, 2022)<sup>1</sup> und viele dieser Menschen kommen in Nordrhein-Westfalen an.

Ein sehr hoher Anteil der in Deutschland schutzsuchenden Menschen hat im Heimatland z.B. im Kontext von Krieg, politischer Verfolgung oder ethnischer und rassistischer Diskriminierung sowie auf der Flucht Gewalt erlebt und infolge der hochbelastenden Erfahrungen eine Traumafolgestörung entwickelt. Nach einer umfassenden Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK vom Oktober 2018 zeigen mehr als 44% der Befragten gesundheitliche Probleme, vorwiegend psychische Störungen (Schröder et al., 2018)<sup>2</sup>. Die Prävalenzrate für eine Posttraumatische Belastungsstörung liegt in einer Metanalyse deutscher Studien zwischen 16 und 55%. Trotz dieser schwerwiegenden gesundheitlichen Belastungen kommen nur ca. 2% der Geflüchteten in der medizinischen Regelversorgung und in psychotherapeutischer Behandlung an (Bozorgmehr et al., 2016)<sup>3</sup>. Um dieser eklatanten Versorgungslücke zu begegnen, bieten die Psychosozialen Zentren (PSZ) in NRW geflüchteten Menschen psychotherapeutische Behandlung sowie sozialarbeiterische Beratung an, bei Bedarf unter Hinzuziehung von Sprach- und Kulturmittler\*innen. Aber die PSZ in NRW können mit den verfügbaren Ressourcen dem hohen psychosozialen Versorgungsbedarf nicht gerecht werden.

Nach der Richtlinie 2013/33/EU<sup>4</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates sind die Europäischen Mitgliedstaaten angehalten, die Situation von besonders vulnerablen schutzbedürftigen Personen zu berücksichtigen, deren Bedarfen Rechnung zu tragen sowie den notwendigen besonderen Schutz und Maßnahmen der medizinischen und psychosozialen Versorgung bereitzustellen. Um dem zu folgen, bedarf es dringend struktureller und finanzieller Nachsteuerungen auf Landesebene.

Die aktuelle Situation der Geflüchteten aus der Ukraine macht noch einmal deutlich, dass kurzfristige und unbürokratische Lösungen im Sinne der Geflüchteten und die Reduktion des administrativen Aufwandes notwendig und möglich sind. An diesem Ansatz möchten wir gerne gemeinsam mit Ihnen festhalten und eine Versorgung von Geflüchteten bedarfsgerecht und unabhängig vom Aufenthaltsstatus nachhaltig aufstellen und weiterdenken. Für die kommende Legislaturperiode fordern wir daher:

### **1. Frühzeitige und systematische Identifizierung besonders schutzbedürftiger Gruppen in NRW**

NRW muss endlich eine systematische Identifizierung der Belastungen und Bedarfe von Geflüchteten, die Gewalt und Folter erlebt haben oder aus anderen Gründen besonders verletzlich sind, strukturell etablieren. Es ist höchste Zeit, dass die seit sechs Jahren bestehenden Verpflichtungen des Kapitels IV der EU-Aufnahmerichtlinie umgesetzt werden. Europäisches Recht darf nicht länger ignoriert werden. Wir fordern Strukturen zur flächendeckenden Ermittlung von Vulnerabilität und Bedarfen. Das Leid vulnerabler Geflüchteter zu verringern, sollte bei Verwaltungsentscheidungen Vorrang besitzen. Die Anforderungen an den Nachweis für Bedarfe müssen dabei der situativen Möglichkeit der Betroffenen entsprechen. Es braucht eine etablierte Kooperation der für die Aufnahme und Versorgung zuständigen Ministerien und Behörden unter Einbeziehung des Wissens der Zivilgesellschaft, damit Versorgungs- und Behandlungsansprüche in der Praxis umsetzbar werden<sup>5</sup>.

### **2. Forderung: Gesundheitskarte**

Seit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in NRW sind nur wenige Kommunen der Rahmenvereinbarung beigetreten. Im Verbund der PSZ in NRW haben wir vielfältige Erfahrungen, sowohl in Kommunen mit Gesundheitskarte, als auch in Kommunen, die weiterhin mit Behandlungsschein arbeiten. Die eGK führt zu Bürokratieabbau für alle Beteiligten und damit auch zu einem deutlich diskriminierungsärmeren Zugang zur Regelversorgung

des Gesundheitssystems für geflüchtete Menschen. Wir fordern daher die flächendeckende Einführung der eGK in NRW. Die Landesregierung darf sich nicht hinter der kommunalen Selbstverwaltung wegduckeln und muss Rahmenbedingungen schaffen, die eine flächendeckende Umsetzung (wie in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Thüringen) ermöglichen.<sup>6</sup>

### **3. Langfristige und auskömmliche Finanzierung Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer.**

Bei den PSZ handelt es sich um eine jahrzehntelang etablierte und hochqualifizierte Struktur in NRW, welche die Versorgungslücke im Regelsystem bezüglich der medizinischen, psychologischen und psychotherapeutischen Behandlung geflüchteter Menschen und Opfern von Folter zu schließen versucht. Der Bedarf an dieser Versorgung steigt mit jedem Jahr - die Landesförderung jedoch nicht. Die Träger müssen enorme Eigenanteile generieren – bis zu 35% – und bis zu sechs Monate in Vorleistung gehen, bevor die Fördermittel bei ihnen eingehen. Umfassende Verwaltungskosten müssen ebenfalls von den Trägern erbracht werden und die Unsicherheit ist nach der Umstellung des Förderprogrammes Soziale Beratung in 2020 sehr hoch - sowohl mit Blick auf die Förderperspektiven als auch auf die öffentliche Ausschreibung der Stellen. Die aktuelle Situation macht zum wiederholten Male deutlich, wie unverzichtbar die schnelle und professionelle psychosoziale Versorgung geflüchteter Menschen ist. Wir fordern deshalb eine langfristige und auskömmliche Förderung der Psychosozialen Zentren

in freier Trägerschaft in NRW - möglichst mit einer gesetzlichen Grundlage.

### **4. Systematische Finanzierung von Sprachmittlung im Gesundheitswesen**

Wir fordern eine vereinfachte und bedarfsgerechte Finanzierung von Sprachmittlung in medizinischer und psychotherapeutischer Behandlung aus öffentlicher Hand. Ohne eine entsprechende Sprachmittlung ist eine Behandlung nicht möglich. Die aktuelle Rechtslage bietet hohe bürokratische Hürden für Klient\*innen und Behandler\*Innen. Die Beantragung von Leistungen nach §§ 4 und 6 AsylbLG; bzw. § 2 AsylbLG i.V.m. § 73 SGB XII, hilfsweise § 27a Abs. 4 Nr. 2 SGB XII bei Sozialämtern ist ein extrem langwieriger und häufig erfolgloser Prozess, der weder von den Klient\*innen noch von niedergelassenen Behandler\*innen im Arbeitsalltag bewältigt werden kann.

Es braucht eine unkomplizierte Lösung, Sprachmittlung im Gesundheitswesen zu finanzieren. Die Bund-Länderkonferenz hat entschieden, dass Menschen aus der Ukraine, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis gem. § 24 AufenthG sind, zukünftig Leistungen nach SGB II bzw. XII erhalten. Diese Entscheidung wird auch darauf zurückzuführen sein, dass das Asylbewerberleistungsgesetz zu einer systematischen Unterversorgung geflüchteter Menschen führt. Es ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung - hin zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Ein entsprechendes Engagement auf Landes- und Bundesebene ist dringend notwendig.

1 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2022). Aktuelle Zahlen. Ausgabe September 2020. [www.bamf.org](http://www.bamf.org)  
2 Schröder, H., Zok, K., Faulbaum, F. (2018). Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland – Ergebnisse einer Befragung von Schutzsuchenden aus Syrien, Irak und Afghanistan. Wissenschaftliches Institut der AOK. [//www.wido.de/fileadmin/Dateien/Dokumente/Publikationen\\_Produkte/WIdOmonitor/wido\\_monitor\\_2018\\_1\\_gesundheit\\_ge-fluechtete.pdf](http://www.wido.de/fileadmin/Dateien/Dokumente/Publikationen_Produkte/WIdOmonitor/wido_monitor_2018_1_gesundheit_ge-fluechtete.pdf)  
3 Bozorgmehr, K., Mohsenpour, A., Saure, D., Stock, C., Loerbroks, A., Joos, S., & Schneider, C. (2016). Systematische Übersicht und „Mapping“ empirischer Studien des Gesundheitszustands und der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland (1990–2014). Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 59, 599–620.  
4 Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013. <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0096:0116:DE:PDF>  
5 Siehe hierzu: Felde, L. vom, Flory, L., Baron, J. (2020). Identifizierung besonderer Schutzbedürftigkeit am Beispiel von Personen mit Traumafolgestörungen. Status quo in den Bundesländern, Modelle und Herausforderungen. Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAfF e.V (Hrsg.)  
6 Siehe hierzu: <http://gesundheit-gefluechtete.info/gesundheitskarte>

# Vor der Haustür

---

Gerne stehen wir bei der inhaltlichen Ausgestaltung der zu entwickelnden Lösungsmöglichkeiten mit unserem umfassenden Erfahrungswissen zur Verfügung und freuen uns über ein entsprechendes Gesprächsangebot.

Mit freundlichen Grüßen

Das Netzwerk der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer

Ansprechpartner:

Claudia Schedlich - Therapiezentrum für Menschen nach Folter und Flucht Köln

Claudia.Schedlich@caritas-koeln.de

und

Eike Leidgens - Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.

e.leidgens@mfh-bochum.de

Das Netzwerk der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer

www.psz-nrw.de

PSZ Aachen, PTZ Ahlen, PSZ Bielefeld, MFH Bochum, PSZ Mondial Bonn, PSZ Dortmund, PSZ Düsseldorf, PSZ Hagen, CTZ Köln, PSZ Lüdenscheid, PSZ Mönchengladbach, Refugio Münster, PSZ Niederrhein Dinslaken, PSZ Niederrhein Moers, PSZ Paderborn, PSZ Siegen

## „Wir“ und „die Anderen“ – Über „Richtige“ und „falsche“ Geflüchtete

Sara Möbius

Gemäß Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) sind seit dem 24. Februar 2022 infolge des russischen Angriffskriegs rund 12,6 Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet (Stand September 2022). In Deutschland wurden laut Ausländerzentralregister bis zum 21. August mehr als 967.000 Personen aus der Ukraine erfasst, die hier Schutz suchten. 36 Prozent waren Kinder und Jugendliche (351.061 Menschen unter 18 Jahren), mehrheitlich im Grundschulalter. Die Bundespolizei geht davon aus, dass ca. 700 Personen täglich aus der Ukraine nach Deutschland einreisen. Nordrhein-Westfalen ist mit der vorübergehenden Unterbringung und Verpflegung von schätzungsweise 211.000 Personen das aufnahmenstärkste Bundesland. Auch in Bielefeld sind mehr als 3.600 ukrainische Kriegsflüchtlinge angekommen (s. Bielefeld Newsletter Ukraine). Ein ähnlicher Zustrom von Geflüchteten wurde hier zuletzt 2015 registriert.

Die damit einhergehenden logistischen Herausforderungen wurden seitens der Bevölkerung mit einer solidarischen Haltung aufgefangen. So gab es vielerseits Anfragen und Unterstützungsangebote, die sich unter anderem durch Lebensmittel-, Kleider- und Spielzeugspenden, Angebote von Sprachmittler:Innen, kurzfristige Zusammenschlüsse

von Hilfsfonds oder auch Bereitstellung von Wohnraum für die vorübergehende Unterbringung von Geflüchteten äußerten. Empathie und Solidarität als Antwort auf die erschütternde Situation, welche die Berichte und Bilder aus den Medien erahnen ließen.

Jene Haltung ließ sich auch auf struktureller Ebene innerhalb der politischen Praxen beobachten. So wurde für Kriegsvertriebene aus der Ukraine seitens der EU erstmals die sogenannte „Massenzustromsrichtlinie“ in Kraft gesetzt, welche innerhalb Deutschlands durch den dafür vorhergesehenen §24 AufenthG Anwendung findet. Anstelle des üblichen langwierigen Asylverfahrens ist es so unter anderem möglich, Geflüchteten aus der Ukraine eine sofortige Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, sie schnell in Kommunen zuzuweisen, wo ihnen dann eine sofortige Erlaubnis zur Aufnahme von gewerblichen Tätigkeiten erteilt sowie die Teilhabe an Integrationskursen und Bildung ermöglicht werden kann. Damit solle, so Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Geflüchteten „weiter Hoffnung, Halt und Perspektiven (ge)geben werden“, durch die „schnelle und unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten“ seien bereits „viele Leben gerettet“ worden.

Ein Blick in die Medien reicht aus, um festzustellen,

dass im Zuge des Ukraine-Krieges Begriffe wie „Solidarität“, „Gemeinsam“, „Geschlossenheit“, „Zusammenhalt“ und „Füreinander eintreten“ bei Politiker:innen zu regelrechten Buzzwörtern geworden sind. Nicht, dass an einer Gegenbewegung zu nationalistischen Praxen etwas auszusetzen wäre: Im Gegenteil! Eine solidarische oder gar menschliche Haltung und damit verbundene politische Positionierung im Hinblick auf die Aufnahmebedingungen von Menschen, die dazu gezwungen sind, ihr Herkunftsland zu verlassen, um ihr Leben und ihre Integrität zu schützen, ist längst überflüssig und dringend erforderlich.

## Ernüchternder Blick in Landesunterkünfte

„Und wie lange müssen wir hier bleiben?“ fragt die 16 jährige Medina. Medina ist mit ihrer fünfköpfigen Familie aus Afghanistan geflohen. Da ihre Eltern schon über 65 Jahre alt sind, übernimmt Medina die Verantwortung für ihre jüngeren Geschwister. Zurzeit

lebt sie mit ihrer Familie in einem ca. 16 m<sup>2</sup> großem Raum innerhalb einer Landesunterkunft, in der im Durchschnitt 350-400 weitere Geflüchtete leben. Medina berichtet von schlaflosen Nächten und dem Wunsch nach ein wenig Privatsphäre. Auch die vielen Menschen in der Unterkunft machen ihr Angst. Sie vermisst es, ihr eigenes Essen zu kochen oder auch nur „in Ruhe“ zu essen, das heißt, allein mit ihrer Familie. Bei schönem Wetter setzt sich Medina in den asphaltierten Hof und wartet, „dass die Zeit endlich um ist“. In der Unterkunft werden keine Aktivitäten angeboten und der Weg in die Stadt ist aufgrund der abgelegenen Lage viel zu weit. Von dem 14-tägig ausgezahlten Taschengeld bleibt nach nur einer Busfahrt der fünfköpfigen Familie nicht viel. „Es gibt einfach nichts zu tun“, sagt Medina, während sie einen Stein zwischen ihren Füßen hin und her rollt.

Ähnlich geht es Roja, die ebenfalls in einer Landesunterkunft wohnt. „Und wie lange müssen wir hier bleiben?“ fragt Roja, während sie ihren Blick nicht von dem vor ihr liegenden Blatt abwendet. Fest drückt sie den Bleistift auf das Papier, während sie energisch Kreise zeichnet. Sie hebt kurz ihren Kopf, um dann wieder ihren Blick auf das Blatt zu wenden. Während sie einen weiteren Kreis ausmalt, fragt sie: „Kann ich während der Zeit die Schule besuchen? Oder einen Sprachkurs machen?“

Die 18 jährige ist vor einigen Monaten mit ihrer Mutter eingereist. In ihrem Herkunftsland, Iran, sollte sie mit einem älteren Mann verheiratet werden. Als Roja und ihre Mutter sich weigerten, wurden sie verfolgt und bedroht. Hilfe von ihrem Herkunftsstaat bekamen sie keine - im Gegenteil, Rojas Mutter wurde angedroht, ihr das Sorgerecht über ihre zum Zeitpunkt der Flucht minderjährige Tochter zu entziehen, da sie eine alleinstehenden Frau war.

Asylbewerber:innen können bis zu 18 Monaten dazu verpflichtet werden, in Landeserstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Das bedeutet: Ein Leben auf engem Raum in Sammelunterkünften, in denen sich oft mehr als eine Familie ein Zimmer teilt. Die Mahlzeiten werden unter kantinenähnlichen Bedingungen zu festen Zeiten zur Verfügung gestellt.



Bild: Kathi Moum - Unsplash

weiter auf der nächsten Seite



# Vor der Haustür

---

Das Verlassen und Eintreten in die Unterkunft wird durch Sicherheitsdienste registriert. Privatsphäre, die Intimität von Familie, haben hier buchstäblich keinen Platz. Gerade letzteres stellt für den Alltag von Familien mit Kindern eine massive Herausforderung dar, zumal Beschäftigungsmöglichkeiten bzw. Angebote innerhalb der Unterkunft, begrenzt bis schlichtweg nicht vorhanden sind.

Die Unterkünfte selber liegen häufig weit außerhalb der jeweiligen Orte mit prekären Anbindungen öffentlicher Verkehrsmittel. Zudem reicht das ausgezahlte Taschengeld häufig nicht aus, um diese in Anspruch zu nehmen. Der Taschengeldsatz nach dem Asylbewerberleistungsgesetz liegt weitaus unter demjenigen des Arbeitslosengeld II. Ergänzend gilt ein Beschäftigungsverbot, das in der Regel zumindest solange gilt, wie die Pflicht besteht, in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Das bedeutet, dass ein Arbeitsverbot unter Umständen bis zu 18 Monaten oder sogar länger bestehen kann. Ähnlich verhält es sich mit den sogenannten Integrationskursen, welche während des Asylverfahren nur bewilligt werden, sofern ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Eine Maßgabe, die momentan lediglich für Personen aus Syrien und Eritrea angenommen wird. Auch die medizinisch eingeschränkte Behandlung im Asylverfahren wird für viele Menschen zu einer weiteren Belastung – so ist beispielsweise eine wochenlange „Behandlung“ von Zahnschmerzen durch Schmerztabletten keine Seltenheit.

Doch nicht nur die Lebensumstände während der Unterbringung in den Landesunterkünften, sondern auch das Asylverfahren selbst, stellt eine schwere Belastung für viele Geflüchtete dar. Wie sich aus dem Fluchtkontext folgern lässt, haben viele dieser Menschen traumatische Ereignisse durchlebt, über die sie nur bedingt sprechen können. Die wenigsten Geflüchteten haben die Möglichkeit vor ihrer Anhörung zu ihren Asylgründen mit einer Fachärzt:In zu sprechen, um zumindest hinsichtlich des Erlebten Stabilisierung zu erfahren. Nun müssen sie einer ihnen völlig fremden Person während oftmals Stunden andauernden Interviews unter zum Teil grenzwertigen Fragepraxen beweisen „richtige“ Geflüchtete zu sein. Dabei ist nicht zu vergessen, dass für den besagten Teil der Geflüchteten schon der Weg nach Deutschland mit dem eines Minenfeldes vergleichbar ist: Korrupte Schleuser, Missbrauch, Grenzübergänge, Pushbacks, Umweltbedingungen,

ertrinken auf dem Mittelmeer, sind nur einige Begriffe, die mit den Fluchtrouten in Verbindung zu bringen sind. Die Auflistung der unterschiedlichen institutionellen Bedingungen für „andere“ Geflüchtete, die nicht aus der Ukraine geflohen sind, lässt sich fortsetzen. So scheint letztlich die Frage des 19 Jährigen Bader aus Syrien, was denn die Bomben auf die Ukraine von denen auf Syrien unterscheidet, vor dem Hintergrund der so grundverschiedenen asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Verfahren und allgemeinen institutionellen Rahmenbedingungen, also durchaus berechtigt.

## **Empathie und Solidarität: Begrenzt Grenzenlos?**

Es wird an dieser Stelle erneut betont: die geschaffenen gesetzlichen Regelungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die ukrainischen Staatsbürger:innen im Hinblick auf ihren Aufenthalt in der BRD zu Teil wurden, sind als Ausdruck von Solidarität und Empathie unbedingt notwendig und richtig. Die sich zeigende Selektivität bei der Anerkennung des Leids und der daraus resultierenden Gesetzgebung ist jedoch mehr als grenzwertig. Vor allem Begründungen wie „kulturelle Nähe“ und andere vermeintlichen sozialen Ähnlichkeiten, die sowohl durch Medien und Politiker:Innen als auch von lokalen Behörden signalisiert und zur Begründung von Solidarität gemacht wurden, lassen es zu und machen es erforderlich, die neu geschaffenen institutionellen Rahmenbedingungen auch zu kritisieren, gerade weil sie nicht weit genug gehen und weil sie aufgrund rassistischer Zuschreibungen zwischen „richtigen“ und „falschen“ Geflüchteten, „echtem“ und „unglaublichem“ Leid, und letztlich zwischen einem „Wir“ und „die Anderen“ selektieren.

Die Komplexität und damit verbundenen Fragen, die letzteres aufwirft, kann an dieser Stelle kaum gerecht geworden werden. Vielmehr soll hier eine Reflexion angestoßen werden, auch unser eigenes Denken und Handeln zu hinterfragen. Unsere individuellen Handlungen werden zwar durch soziale Strukturen wie Gesetzgebungen, Erlasse, etc. bestimmt, jedoch erfahren diese wiederum erst durch unser Handeln ihre Legitimation und Gültigkeit. Es ist eben jene Gültigkeit, welche nicht endgültig sein darf, wenn sie nicht jenseits unserer Fähigkeit bestehen kann, Menschen mit grenzenloser Empathie und Respekt zu begegnen.

## „Frontex und die Festung Europa“

Am 17.08.2022 veranstaltete das Alarmphone Bielefeld einen Vortrag zum Thema Frontex.

Das Alarmphone ist eine selbstorganisierte Notruf-Hotline für Menschen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Fast 200 Aktivist:innen aus unterschiedlichen Ländern südlich und nördlich des Mittelmeeres halten die Telefonnummer seit nunmehr acht Jahren 24 Stunden täglich besetzt. Migrant:innen, die Rettung benötigen, können neben der entsprechenden Küstenwache auch die Nummer des Alarmphone wählen. So können Fälle von unterlassener Hilfeleistung dokumentiert und Druck auf die Behörden ausgeübt werden.

Mehr Infos zum Alarmphone finden sich auf [www.alarmphone.org](http://www.alarmphone.org)



IN CASE OF EMERGENCY CALL  
**+334 86 51 71 61**

Matthias Monroy und Britta Rabe warfen im Grünen Würfel auf dem Kesselbrink einen kritischen Blick auf die europäische Grenzschutzagentur Frontex und aktuelle Entwicklungen in der Behörde. Wir möchten an dieser Stelle die wichtigsten Infos aus dem Vortrag weitergeben für diejenigen, die nicht vor Ort sein konnten.

Frontex ist seit 2005 die „EU-Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“. Ihre Aufgaben beinhalten Grenzschutz, Grenzkontrolle, sogenanntes „Migrationsmanagement“ (also z.B. Abschiebungen) aber auch Lagebeobachtung, Informationsaustausch und Risikoanalysen. Zunächst stellten ausschließlich die EU-Mitgliedsländer Polizeibeamt:innen für den Frontex-Einsatz zur Verfügung. Diese wurden durch die einzelnen Mitgliedsstaaten mit Ausrüstung versehen und temporär an die Grenzen versandt. Mit der neuen Frontex-Verordnung von 2019 soll Frontex eigene Einheiten bekommen (bis 2027 sollen diese auf 10 000 Personen aufgestockt werden). Davon sollen 3000 Beamt:innen zur „ständigen Reserve“ gehören. Diese werden eine einheitliche Uniform tragen und mit Pistolen, Gummi- und Teleskopschlagstöcken, Handschellen und Reizstoffen ausgestattet werden. Somit entsteht die erste bewaffnete EU-Polizeieinheit, die auch formell nicht mehr einem einzelnen

Mitgliedsstaat, sondern der gesamten EU untersteht.

Das Besondere daran ist, dass eine gemeinsame EU-Polizei so eigentlich gar nicht vorgesehen ist, durch den Umweg über Frontex nun aber trotzdem zustande kommt.

Die Frontex-Operationen umfassen See-, Land- und Luftgrenzen in den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten sowie Kooperationen mit Küstenwachen in Drittstaaten.

Es ist vielfach belegt, dass Frontex Beihilfe zu illegalen Pushbacks in der Ägäis (zwischen der Türkei und Griechenland) leistet. Pushback bezeichnet das (häufig gewaltsame) Zurückdrängen von Migrant:innen, die EU-Territorium betreten haben, um einen Asylantrag zu stellen, und durch bestimmte Akteure daran gehindert werden. Frontex bietet Rückendeckung für die griechische Küstenwache bei solchen Aktionen, auch ein deutsches Schiff der Bundespolizei ist in der Ägäis eingesetzt.

Doch Frontex agiert nicht nur in der Ägäis, sondern auch im zentralen Mittelmeer.

Mit Unterstützung der EU wurde vor Libyen eine sogenannte Seenotrettungszone eingerichtet.

weiter auf der nächsten Seite



# Über den Tellerrand

Seenotrettungszonen sind Gebiete, in denen ein bestimmter Staat für die Koordinierung von Seenotrettungen zuständig ist. Die Seenotrettungszone vor Libyen ist im Interesse des europäischen Grenzregimes ein Ort, an dem Migration nach Europa verhindert wird indem die sogenannte libysche Küstenwache (finanziert von der EU) Pull-Backs durchführt. Pullbacks sind Einsätze von Küstenwachen aus den Abreiseländern der Migrant:innen, in diesem Fall Libyen, bei denen diese (ebenfalls häufig gewaltsam) gegen ihren Willen wieder zurückgeführt werden.

Frontex ist ebenfalls in der Luftüberwachung der Grenzen sehr aktiv, hat seit 2017 eigene Flugzeuge und seit 2021 auch Drohnen, außerdem werden Tests mit Aerostaten vor Samos durchgeführt. Durch die Luftüberwachung werden Informationen über Migrationsbewegungen an die jeweiligen Seenotleitstellen übermittelt. Auch am Grenzfluss zwischen der Türkei und Griechenland, dem Evros, wird Luftüberwachung eingesetzt.



Bild: Martaza Shahed - Unsplash

Hauptauftragnehmerin in diesem Bereich ist die innovative navigation GmbH mit Sitz in Deutschland.

Seit 2019 agiert Frontex auch in unterschiedlichen Drittstaaten, es gab ein erstes operatives Abkommen mit Albanien, danach mit Montenegro, Serbien und Moldawien. In Bosnien und Mazedonien sind die Abkommen noch nicht in Kraft. In Albanien beispielsweise sind 133 Beamt:innen aktiv, sie sind in Patrouillenfahrzeugen unterwegs und haben auch Thermovisionswagen zur Verfügung. Diese können mithilfe von spezieller Technik Menschen durch deren Körperwärme aufspüren. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass Personen die Grenze zwischen Albanien und Griechenland überqueren. Die Aktivitäten von Frontex beschränken sich jedoch nicht auf den europäischen Kontinent. Erste Abkommen mit Senegal sind in Planung, weitere Vorschläge seitens Frontex sind Abkommen mit Mauretanien und Marokko.

Ein weiterer Teil des europäischen Grenzregimes zur Migrationskontrolle, der weit über Europa hinaus agiert, ist die „Afrika-Frontex Intelligence Community“. Hierbei handelt es sich um einen seit 2010 bestehenden Informationsaustausch zwischen der EU und 29 afrikanischen Ländern zu „Schleuserkriminalität und andere[n] Bedrohungen der Grenzsicherheit“ sowie „Risikoanalysezellen“ in Senegal, Nigeria, Ghana, Gambia und Niger.

Bei einer solchen Reichweite und Varianz an Aufgaben stellt sich die Frage, wer eigentlich die Kontrolle über dieses EU-Organ hat. Erstaunlicherweise gibt es keine Fachaufsicht von der EU-Kommission oder von einzelnen Mitgliedsstaaten über Frontex-Einsätze. Frontex ist „in operativen und technischen Fragen unabhängig und rechtlich, administrativ und finanziell autonom“. Bis 2027 hat Frontex ein Budget von 5,6 Mrd. Euro, davon sollen zwei Drittel für die neue Grenztruppe eingesetzt werden. Zuletzt wurden 140 Millionen Euro für ein neues Hauptquartier in Warschau ausgegeben.

Mehr Informationen zu diesem Thema findet ihr/ finden Sie auf

<https://abolishfrontex.org/>

## Afghanistan is not alone

Tahera Rezaee

### Afghanistan is not alone.

It's difficult the fate of the innocent people who have been captured by the ruthless Taliban.

It's so hard that you can hardly breathe.

Afghanistan is not alone.

We are the voice of Afghanistan.

The voice of twelve year old children who taste the bitter taste of life without any real experience of childhood, instead of being with their parents and playing games, they become sex slaves.

We are the voice of girls whose gentle souls are filled with the brutal violence of the Taliban instead of waiting for their beloved. Girls whose screams of pain are unheard.

We are the voice of parents who are crushed with endless pain and zeal with a battered body, shocked and stunned, to see their daughters and there is nothing they can do.

We are the voice of the soldier who fought and was martyred without any weapons or support, while his wife was enslaved.

These pains are too much. Afghanistans pain is uncountable. I want to shout. I want to embrace Afghanistan and say its enough for Afghanistan, which has nothing to lose.

To express this pain and to shout out these voices, we must stand and prove that

**AFGHANISTAN IS NOT ALONE**

### Afghanistan ist nicht allein.

Das Schicksal der unschuldigen Menschen, die von den unbarmherzigen Taliban gefangen genommen wurden, ist schwierig. Es ist so schrecklich, dass man kaum atmen kann.

Afghanistan ist nicht allein.

Wir sind die Stimme Afghanistans.

Die Stimme von zwölfjährigen Kindern, die den bitteren Geschmack des Lebens kennen ohne eine wirkliche Kindheit gehabt zu haben, statt von ihren Eltern umsorgt zu werden und zu spielen, wurden sie Sexsklaven.

Wir sind die Stimme von Mädchen, deren sanfte Seelen angefüllt sind mit der brutalen Gewalt der Taliban, statt dass sie auf ihre Geliebten warten. Mädchen, deren Schmerzensschreie ungehört bleiben.

Wir sind die Stimme von Eltern, die von unendlicher Qual niedergeschlagen sind, zerschlagen, geschockt und betäubt davon, nichts für ihre Töchter tun zu können.

Wir sind die Stimme des Soldaten, der ohne Unterstützung und ausreichende Waffen gekämpft hat und nun ein Märtyrer ist, während seine Frau versklavt wird.

Diese Schmerzen sind zu viel. Afghanistans Schmerz ist nicht messbar. Ich möchte schreien. Ich möchte Afghanistan umarmen und sagen: es reicht. Es ist genug für ein Afghanistan, das nichts zu verlieren hat.

Um diese Schmerzen auszudrücken, um laut zu sein, müssen wir aufstehen und zeigen:

**AFGHANISTAN IST NICHT ALLEIN**

## Frauen, Leben, Freiheit

Reza Shaighan

Iran, das Land, in dem die Geschichte begann. Basierend auf den Funden von Archäologen haben sie das Alter des Iran auf zehntausend Jahre geschätzt. Die Iraner haben seit jeher für die Freiheit gekämpft. Männer und Frauen haben immer gemeinsam für ihre Menschenrechte gekämpft. Frauen im Iran konnten sich zwar in der Vergangenheit einen kleinen Teil ihrer Rechte erwirken, unter anderem als 1975 in Deutschland gerade erst das Frauenwahlgesetz verabschiedet wurde, waren im Iran Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aktiv und auch politisch tätig. Zum Beispiel gab es Richterinnen, große Künstlerinnen, Universitätsprofessorinnen und sogar Ministerinnen. Dies ist nur ein Teil der Errungenschaften von Frauen in dieser Zeit. Aber mit der Revolution von 1979 wurde die Situation für die Menschen im Iran, insbesondere für die Frauen, so, dass sie den Menschen erneut einen rückschrittlichen Kurs aufzwingen, indem sie strenge islamische Gesetze anwendeten.

Von Anfang an zeigte das Regime seine Natur, indem es menschenverachtende Gesetze verhängte, insbesondere in der Feindseligkeit gegenüber iranischen Frauen, indem es sie bedrohte, festnahm, folterte und sogar hinrichtete. Das obligatorische Hijab-Gesetz, das die Freiheit der Frauen begrenzte, war nur ein Teil der Einschränkungen, die das Regime für Frauen im Sinn hatte. Ganz am Anfang, im Jahr 1980, protestierten iranische Frauen und erklärten ihren Widerstand gegen dieses Gesetz, aber das Regime verhaftete sie, folterte und exekutierte einige Frauen mit unmenschlicher Repression. Die Hinrichtung von Frauen im Iran zeigte die mangelnde Einhaltung internationaler Gesetze und Menschenrechte durch das Regime. Unzählige Frauen wurden im Iran hingerichtet, darunter 16- und 17-jährige Kinder, Schwangere und Frauen, die nicht einmal vor Gericht gestellt und nicht verurteilt wurden, was als klares Beispiel für ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden kann. Weit verbreitete Diskriminierung, Ungleichheit und Geschlechterstereotype im Iran setzen Frauen der Todesstrafe aus; eine Tatsache, die nicht gesehen

oder vielleicht wenig beachtet wird. Die Liste der Frauen, die in den letzten 43 Jahren im Iran hingerichtet wurden, ist lang; von den ersten Tagen nach der Revolution von 1979 bis heute; von den Sexarbeiterinnen, die im Winter desselben Jahres von Sadegh Khalkhali, dem damaligen Scharia-Herrscher, zum Tode verurteilt und sofort vollstreckt wurden, bis hin zu **Mona Mahmoudnejad**, einer 17-jährigen Bahai-Frau, und einer Frau in einer Position wie **Farrokhro Parsa**, Bildungsministerin während der Regierung Pahlavi, die 1959 durch O8s Urteil von Sadegh Khalkhali gehängt wurde. Der Höhepunkt der Hinrichtungen war 1989, im selben Sommer, als Tausende von politischen Gefangenen auf Befehl von Ayatollah Khomeini von einer als "Todesgericht" bekannten Institution dem Galgen oder Erschießungskommando übergeben wurden. Männer und Frauen, die Mitglieder der Organisation der Volksmohajedin waren oder anderen politischen Gruppierungen angehörten, Gefangene, von denen einige nur zu Freiheitsstrafen verurteilt, aber durch die Entscheidung der Mitglieder des „Todesgerichts“ getötet wurden: eine Delegation, der auch Ebrahim Raisi, der derzeitige Präsident des Iran, angehörte. Diese Fälle sind ein kleiner Teil der Diktatur des islamischen Regimes im Iran. Frauenrechte werden im Iran weithin verletzt. Beispielsweise dürfen Frauen nicht ohne die Erlaubnis ihres Mannes oder Vaters reisen. Wenn Frauen ohne Hijab auf der Straße sind, werden sie verhaftet und vor Gericht gestellt und gefoltert. Jüngstes Beispiel ist die Verletzung der Frauenrechte durch das Regime von **Mehsa Amini**. Eine 22-jährige Frau, die von der Polizei festgenommen wurde, weil sie keinen Hijab trug, wurde zwei Stunden nach ihrer Festnahme ins Krankenhaus gebracht und starb drei Tage später. Mehsa Amini ist zweifellos nicht die erste Frau, der das Regime das Leben nahm. Unzählige Frauen im Iran wurden vom Regime getötet, deren Namen in den Medien nicht veröffentlicht wurden. Deshalb müssen die Verbrechen des Regimes gegen das iranische Volk eines Tages enden.

# Über den Tellerrand

## Frauen, Leben, Freiheit

Seit der Bewegung des iranischen Volkes für die Freiheit ist ein Monat vergangen. In dieser Zeit gingen in vielen Städten im Iran Frauen und Männer auf die Straße und riefen nach Freiheit. Viele Menschen wurden vom Regime getötet. Viele Menschen wurden festgenommen. Unter den Toten sind 40 Kinder, und sogar 2- und 7-jährige Kinder sind unter den Toten. Welche Regierung tötet 2- und 7-jährige Kinder mit Kugeln? Ist das nicht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit? **Nika Shakrami, Sarina Ismailzadeh, Amir Khizrpour** und viele iranische Jungen und Mädchen wurden getötet. Aber das Regime vertuscht die Tötung von Kindern und lässt ihren Tod mit Lügen natürlich erscheinen. Letzte Woche griffen die repressiven Kräfte des Regimes eine Schule in Ardabil an und schlugen die Schüler. Bei diesem Angriff wurde eine Studentin namens **Asra Panahi Khangah** getötet. Die Medien des Regimes geben als Todesursache

einen Schlaganfall an, während sie von den repressiven Kräften des Regimes getötet wurde. Bei einer anderen Aktion griffen die Repressionskräfte des Regimes die Universitäten an, schlugen die Studenten und verhafteten viele von ihnen. Selbst diejenigen, die in den Gefängnissen des Regimes sitzen, sind nicht sicher. Das Regime setzte das Evin-Gefängnis in Brand und feuerte Mörsergranaten auf das Gefängnis. Im Evin-Gefängnis wurde eine große Zahl von Gefangenen getötet.

Die Freiheitsbewegung des iranischen Volkes geht weiter. Das iranische Volk ist allein und braucht die Unterstützung aller freiheitsliebenden Menschen der Welt. Der Slogan „Frauen, Leben, Freiheit“ ist zu einem globalen Slogan geworden. Wir, die Menschen im Iran, bitten alle freiheitsliebenden Nationen, uns beizustehen und uns zu unterstützen.



Bild gemalt und zur Verfügung gestellt von Saghar Yaridiz

## Du solltest nicht alles mitnehmen

Morteza Pashapour

### You're not supposed to take everything with you

You're not supposed to take everything with you  
There are many things that are neither portable nor mobile

The things  
that are rooted to your old environment  
The ones  
that are rooted with the certain meanings.

The notions  
that depend on being, on staying.  
No suitcase can transport them

As soon as you go away  
they will slowly fade away

"Isn't that the same as letting go?  
Or looking away and searching for open horizons,  
Where you can still find hope?  
Is an endless journey still a journey,  
When one has no return in sight?  
What does that journey mean, without the hand to let go?"  
I asked.

"Do you know why our ancestors imagined the earth flat?  
Because they didn't want to return.  
Because they wanted to go far away  
Even if they had to leave a lot behind.  
Even if they couldn't take everything with them."  
She replied.

قرار نیست همه را برداری

Morteza Pashapour

قرار نیست همه را برداری  
چیزهای زیادی غیرقابل حمل اند  
جابه جا نمی شوند  
چیزهایی آمیخته یا جایی که در آن زیسته ای  
آمیخته با مفاهیمی در گرو بودن  
در گرو ماندن  
مفاهیمی که چمدانها منتقلشان نمی کنند  
و همین که با بیرون بگذاری  
آرام  
می روند به سوی محو شدن

گفتم: این

همان دست کشیدن از چیزی نیست؟  
روی گرداندن به دوردستها  
چشم دوختن به جایی که امید هنوز  
موج می زند آنجا؟

گفتم: آیا به سفر بدون پایان

می توان گفت سفر؟  
بدون بازگشت به جایی که آغازش کرده ای  
بدون گرفتن دستی که رها؟

گفت: می دانی چرا

پدرانمان زمین را صاف می دیدند  
چرا که نمی خواستند که برگردند  
چرا که می خواستند  
هرچه می توانند دور شوند  
ولو چیزهایی باقی بمانند  
ولو همه چیز را برندارند

## Du solltest nicht alles mitnehmen

Du solltest nicht alles mitnehmen

Es gibt viele Sachen, die weder tragbar noch mobil sind

Die Sachen, die mit deiner alten Umgebung verwurzelt sind

Die, mit denen gewisse Bedeutungen verwurzelt sind.

Die Begriffe, die vom Sein, vom Bleiben abhängen.

Kein Koffer kann sie transportieren

Sobald du fortgehst, werden sie langsam verblassen

Ich fragte: „Ist das nicht dasselbe Loslassen?

Oder wegschauen und nach offenen Horizonten zu suchen,

Wo man noch die Hoffnung finden kann?

Ist eine endlose Reise noch eine Reise,

Wenn man keine Rückkehr in Sicht hat?

Was bedeutet diese Reise, ohne die Hand, die man loslässt?“

Sie antwortete: „Weißt du, warum sich unsere Ahnen die Erde flach vorgestellt haben?

Weil sie nicht zurückkehren wollten.

Weil sie weit weg gehen wollten

Auch wenn sie viel zurücklassen mussten.

Auch wenn sie nicht alles mitnehmen konnten.

Übersetzung ins Deutsche von Fereshte Vazirinasab

## Laut-Erkundung

Ralf Burnicki

wie klingen Atome

was machen Töne im Dativ

warum rascheln Zeitungen

wo ist Frühnebel hörbar

welchen Klang hat ein Tisch

können Worte rasseln

wachsen Tonarten an Pflanzen

wieso summt es, wenn Feldwege kuscheln

haben Geräusche immer recht

sind Gespräche Häuser aus Lauten

wie laut sind unsere Gewissheiten

wie leise sind unsere Fragen

# Impressum

---



## Herausgeber:in

AK Asyl e.V.  
Friedenstraße 4-8  
33602 Bielefeld

## Adresse

Friedenstraße 4-8  
33602 Bielefeld

## Kontakt

Telefon: 0521 / 546515-0  
Telefax: 0521 / 546515-99  
E-Mail: [info@ak-asyl.info](mailto:info@ak-asyl.info)  
Homepage: [www.ak-asyl.info](http://www.ak-asyl.info)

## Autor:innen

Isabelle Sanderes, Lina Honens, Katharina Bracke, Mathis Bauer, Gamze Harman, Ela, PSZ NRW, Black Community Hamburg, Franziska Fritz, Mohamad Al Hazaa, Alarmphone Ortsgruppe Bielefeld, Sarah Möbius, Tahera Rezaee, Reza Shaigan, Morteza Pashapour, Ralf Burnicki

## V.i.S.d.P.

Isabelle Sanders

---

### Bildverzeichnis

S.1	Logo AK Asyl e.V	S. 25	Kathi Moum- Unsplash
S.9	Moah Elezar - Unsplash	S.27	Alamrphone
S.11	Michal Balog - Unsplash	S.28	Martaza Shahed - Unsplash
S.18	Diakoni für Bielefeld	S. 31	Saghar Yaridiz
S.20	Mohamad AlHazaa	S. 34	Logo AK Asyl e.V.
S.21	Mohamad AlHazaa		



